



Berner Migrationsgeschichte

Bericht der Austauschsitzung Migration vom 15. Dezember 2016

Inhalt

1	Einleitung	4
2	Berner Migrationsgeschichte	6
	Migration nach Bern – ein historischer Abriss	6
3	Erzählte Migrationsgeschichten – vier Porträts aus vier Jahrzehnten	9
	Erzählte Migrationsgeschichten, „Oral history“ und Zahlen zur Migration in der Stadt Bern	17
4	Vertiefungsthemen	20
	Inländervorrang um 1893 in der Stadt Bern? Die Haltungen zur „Italienerfrage“ im Umfeld des Käfigturmkravalls	20
	Die galicische Migration nach Bern und zurück	23
	Die Stadt Bern als Zuwanderungsmagnet 1840-1940: Verlauf, Merkmale der Zuziehenden, Reaktion der Politik und der Bevölkerung	26
	Quellen „erzählen“: Einbürgerungsverläufe von Gesuchstellenden aus Osteuropa (Bern in den Jahren 1900-1920)	29
	Wie reagierte die Verwaltung in der 2. Hälfte des 20. Jahrhunderts auf die Migration nach Bern? Eine Spurensuche im Stadtarchiv am Beispiel der Ausländer-kommission in den 1980er Jahren	33
	Integrationspolitik ist Stadtentwicklungspolitik – Berner Besonderheiten, Rückblicke und Ausblicke	36
	Casa d’Italia, Missione Cattolica und Co. Migrationsorganisationen und ihre Rolle in der Berner Migrationsgeschichte	39
	Von der „Bronx von Bern“ zum „In-Quartier“: die Berner Lorraine und das Nordquartier im Kontext von Berns Stadtentwicklungs- und Integrationspolitik	42
	Diasporische Identitäten: Die Migration aus der Türkei nach Bern	45
5	Schlussfolgerung	48
	Literaturverzeichnis, weiterführende Literatur	50
	Abbildungsverzeichnis	53

Herausgeberin: Direktion Bildung, Soziales und Sport, Kompetenzzentrum Integration, Effingerstrasse 21, 3008 Bern. Telefon 031 321 60 36, integration@bern.ch, www.bern.ch/integration ●

Bericht: Floride Ajvazi, ● **Titelbild:** Käfigturmkravall, 1893 (Quelle: Stadtarchiv Bern), **Bern, März 2017**

Der vorliegende Bericht dokumentiert die Erkenntnisse der Austauschszung Migration, die am 15. Dezember 2016 zum Thema „Berner Migrationsgeschichte“ vom Kompetenzzentrum Integration der Stadt Bern durchgeführt wurde. Er dient auch dazu, einen Überblick über die entsprechende Literatur und die einschlägigen Quellen zu geben. Diese wurden einerseits vom Kompetenzzentrum für Integration zusammengetragen, andererseits haben die Referentinnen und Referenten sowie die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Austauschszung Literaturhinweise gesendet und dazu beigetragen, dass der Bericht eine thematische Literaturliste enthält. Weiter soll der Bericht als Konsultationsbericht dienen und Anstoss für weitere Arbeiten und Forschungen über die Berner Migrationsgeschichte liefern.

Aufrichtiger Dank geht an die Referentinnen und Referenten, die mit ihren Referaten an der Austauschszung den vielen Anwesenden und mit ihren schriftlichen Beiträgen den Leserinnen und Lesern im vorliegenden Bericht einen Einblick in ganz spezifische Themen der Berner Migrationsgeschichte gewähren. Ein grosses Dankeschön geht auch an die vier Porträtierten für das Teilen ihrer ganz persönlichen Geschichte und damit für fassbar gemachte Migrationsgeschichte. Zu danken ist auch der Informationsstelle für Ausländerinnen und Ausländer für die gute Zusammenarbeit sowie allen Mitwirkenden für ihre grossartige Unterstützung.

1 Einleitung

Die Stadt Bern ist eine vielfältige Stadt, dies belegt die Tatsache, dass Menschen aus 164 Nationen hier leben und zu Hause sind. Die Bevölkerung Berns war nicht immer so vielfältig, ist aber in den letzten Jahrzehnten heterogener geworden.

Aktuell beträgt der Anteil der ausländischen Bevölkerung, gemessen an der gesamten Wohnbevölkerung im Jahr 2015, 24,6 Prozent. Dieser Anteil ist in den letzten Jahrzehnten stetig gestiegen. Zum Vergleich: um 1900 betrug der Ausländeranteil 8,38 Prozent, um 1970 war er auf 13,86 Prozent und war im Jahr 2000 auf 21,62 Prozent angestiegen¹ (Statistik Stadt Bern). Dennoch ist Migration kein neues Phänomen. Einwanderung (Immigration), Auswanderung (Emigration) und Binnenmigration haben immer schon in der Geschichte der Schweiz und auch in der Geschichte Berns eine tragende Rolle gespielt. Sozioökonomische, politische, ökologische, gesellschaftliche und/oder demographische Gründe, führten und führen auch heute noch dazu, dass Menschen ihren Lebensmittelpunkt von einem Ort an einen anderen verlegen. Dies kann für eine befristete Dauer oder auch dauerhaft sein. Technische Fortschritte, insbesondere die Kommunikations- und Transporttechnologien und damit verbunden die verkürzten Kommunikationswege haben in den letzten Jahrzehnten migrationsfördernd gewirkt.

Trotz der grossen und wachsenden Vielfalt und der Anwesenheit von Personen aus unterschiedlichen Ländern, ist die Geschichte der Migration in Bern historisch nicht aufgearbeitet worden. Aus diesem Grund widmete sich die Austauschsitzung dieses Jahr der Berner Migrationsgeschichte. Hierfür wurden mehrere thematische Schwerpunkte gesetzt, die dazu beitragen sollten, die Berner Migrationsgeschichte, die Verläufe und Hintergründe für die Migration nach Bern, näher zu beleuchten. Die geographische Abgrenzung war dabei nicht ganz streng, Inputs zur Region Bern waren ebenfalls möglich. Folgende Fragen standen dabei im Fokus: Wer ist aus welchen Gründen nach Bern migriert? Unter welchen Umständen haben Migrantinnen und Migranten hier gelebt? Wie reagierten Stadt und Verwaltung auf die Zuwanderung? Wie sind die Bevölkerung, die Politik und die Wirtschaft zu welchem Zeitpunkt den Migrantinnen und Migranten begegnet? Der zu untersuchende Zeitrahmen war von 1900 bis zur jüngsten Vergangenheit.

Der vorliegende Bericht gliedert sich nach dem Programm der Austauschsitzung. Als Grundlage für den Austausch, diente das Inputreferat von Jacqueline Truffer über die Geschichte der Migration nach Bern. Dieser historische Abriss beleuchtet die Charakteristika der Berner Migration, die Grundzüge der schweizerischen Migrationspolitik sowie die Besonderheiten und Entwicklungslinien der Berner Migrationspolitik (Vgl. S. 6). Vier in unterschiedlichen Jahrzehnten nach Bern zugezogene Menschen gewährten einen Einblick in ihre persönlichen Migrationsgeschichten und berichteten über ihre Erfahrungen.

¹ Allerdings muss hier auf die Definitionsänderung hingewiesen werden. Zur Wohnbevölkerung zählten bis 2011 alle Personen, die den wirtschaftlichen Wohnsitz in Bern hatten. Ab 2012 gehören alle in Bern registrierten Personen, inkl. diplomatisches Personal, internationale Funktionäre und Funktionärinnen, deren Familienangehörige (alle mit EDA-Ausweis) sowie Asylsuchende zur Berner Wohnbevölkerung (Statistik Bern). Dies ist unter anderen ein Erklärungsfaktor für die Zunahme der ausländischen Bevölkerung.

gen, Erlebnisse und Hürden (Vgl. S. 9). Zeitlich decken sie die 1960er, 1970er, 1980er und 1990er Jahre ab und spannen so den Bogen zu dem eingangs von Jacqueline Truffer Geschilderten. Die „Migrationsgeschichten im Raum“ und die „erzählten Migrationsgeschichten“ verdeutlichen zum einen, dass Migration in einer globalisierten Welt zu einem fortdauernden Prozess geworden ist und zum anderen, dass Migrantinnen und Migranten nicht gleich Migrantinnen und Migranten sind und sich hinter jeder Migrationsgeschichte eine ganz persönliche Lebensgeschichte verbirgt. Die Workshopleitenden haben im Anschluss an die Austauschitzung ihren Beitrag in Form von Artikeln verfasst, welche nun in diesem Bericht für die Leserinnen und Leser zu Verfügung gestellt werden (Vgl. S. 20).

Als Plattform für fachlichen Austausch ermöglichte die Veranstaltung den Teilnehmenden eine Diskussion über verschiedene Aspekte und Themen der Berner Migrationsgeschichte.

2 Berner Migrationsgeschichte

Migration nach Bern – ein historischer Abriss

Jacqueline Truffer

Der Kanton Bern oder gar die Stadt Bern waren von der raschen Industrialisierung der Schweiz ab dem 15. Jahrhundert kaum betroffen, anders als etwa die Ostschweiz, die wegen der Textilindustrie zu einem eigentlichen Frühindustrialisierungsgebiet gezählt werden kann, oder der Kanton Zürich mit der Maschinenindustrie. Aber schon im 18. Jahrhundert gab es während eines ersten Aufschwungs im Baugewerbe im Kanton Bern einen Mangel an Fachkräften. Diese wurden bereits damals in Italien und im Tirol rekrutiert.

Erst mit der Bundesverfassung von 1848 und dem Beginn des Eisenbahnbaus ergab sich eine rasche Änderung. 1858 erreichte die damalige schweizerische Centralbahn auch die Stadt Bern und integrierte sie in das neue Verkehrsnetz. Zwischen 1860 und dem Ersten Weltkrieg entstanden zahlreiche neue Industriebetriebe. Bern entwickelte sich zu einer gemischten Industrie- und Dienstleistungsstadt mit vielen kleinen und mittleren Betrieben (Beispiele: Spinnerei Felsenau, die Eidgenössische Waffenfabrik, von Roll, die WIFAG, Chocolat Tobler, die Wander AG).

Bis zum Ende des 19. Jahrhunderts ist zu Arbeitskräften aus dem Ausland eher wenig bekannt. Weit verbreitet war die Gesellenwanderung der Handwerker aus den Nachbarstaaten, welche als Fachkräfte auch in der Stadt Bern sehr gefragt waren.

Mit dem Eisenbahnbau entstand ein regelrechter Bauboom, nicht zuletzt auch weil Bern als Bundeshauptstadt einen besonderen Stellenwert hatte. In dieser Zeit fand eine grössere Zuwanderung vor allem von italienischen Handwerkern statt. Die billigen, teils gut ausgebildeten Arbeitskräfte stellten durchaus eine gewisse Konkurrenz dar, was auch zu Konflikten führte (z.B. 1893 Käfigturmkrawall).

Bis nach dem Zweiten Weltkrieg gab es für Frauen aus dem Ausland nicht besonders viele Arbeitsmöglichkeiten – mit Ausnahme von Chocolat Tobler, welche viele Arbeiterinnen, meist Italienerinnen, anstellte. Erwähnenswert sind auch die Dienstbotinnen, die bis in die 30er Jahre vor allem aus Deutschland und Österreich stammten und in den Stadtberner Haushaltungen Arbeit fanden.

Mit der Wirtschaftskrise zwischen den beiden Weltkriegen änderte sich die bisher sehr liberale Gesetzgebung zu Aufenthalt und Niederlassung – 1931 wurde das Bundesgesetz über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer (ANAG) erlassen. Die Zulassungsbestimmungen wurden strenger, dies ist auch die Geburtsstunde des Saisonierstatuts.

Die bedeutenden Veränderungen fanden erst nach dem Zweiten Weltkrieg statt. In der Stadt Bern galt es zahlreiche grosse Bauten für die Verwaltung zu erstellen. Dazu kam der geplante Umbau des Hauptbahnhofs, Kläranlagen, Brücken, Schulen und Strassen mussten gebaut oder saniert werden. Auch galt es, die seit langem bekannte Wohnungsnot in der Stadt in Angriff zu nehmen. So bestand auf viele Jahre hinaus ein gros-

ses Auftragsvolumen. Auch andere Wirtschaftszweige in der Stadt waren gut ausgelastet, etwa die Eidgenössische Waffenfabrik, die Textilindustrie, das grafische Gewerbe oder die Hotellerie und das Gastgewerbe.

Bereits 1945 vermerkte die Fremdenpolizei, dass es eine Flut von Gesuchen für ausländische Arbeitskräfte zu bearbeiten gab. Innerhalb von zwei Jahren fand eine Verachtfachung der Einreisegesuche statt, was die Verwaltung vor einige Probleme bei deren Bearbeitung stellte. Bald musste das Bewilligungsverfahren vereinfacht werden. In den damaligen Verwaltungsberichten wird von einer laschen Bewilligungspraxis gesprochen und davon, dass viele Gesuche bewilligt werden «müssten», weil es an qualifizierten einheimischen Arbeitskräften (z.B. bei den Maurern und Gipsern) fehle oder zu wenig einheimische Arbeitskräfte zur Verfügung stünden, so z.B. im Hausdienst oder im Gastgewerbe. Viele Frauen fanden auch in der Fernmeldetechnik-Industrie Arbeit, so z.B. bei Hasler oder Gfeller.

Nach einem leichten Konjunkturrückgang begann ab 1953 eine beispiellose Hochkonjunktur, auch in der Stadt Bern. Die Fremdenpolizei hätte die Zureisebestimmungen gerne strenger ausgelegt, aber inzwischen reisten viele unerlaubterweise ohne Aufenthaltsbewilligung und Arbeitsvertrag ein und fanden meist rasch Arbeit. Stellenwechsel waren häufig und führten zu einem erheblichen Mehraufwand bei der Verwaltung. Das Saisonierstatut, welches auf maximal neun Monate pro Jahr beschränkt war und eine dreimonatige Ausreise in die Heimatländer vorsah, wurde teilweise den Bedürfnissen der Wirtschaft, vor allem auf dem Bau, angepasst.

Zwischen 1950 und 1960 fand eine Verdoppelung der städtischen ausländischen Wohnbevölkerung statt. Die Volkszählungsdaten zeigen, dass bis in die 70er Jahre die Hälfte davon aus Italien stammte, in den 60er Jahren sogar noch mehr. Die zweite grössere Gruppe, jene der Deutschen, nahm von 20 Prozent bei der Volkszählung 1950 kontinuierlich ab, dafür lässt sich im gleichen Zeitraum eine Zunahme bei den Spanierinnen und Spaniern beobachten. Auf kurzfristige Schwankungen auf dem Arbeitsmarkt wird schon damals in der Regel mit Entlassungen von ausländischen Arbeitskräften reagiert, so z.B. in der Textilindustrie und immer wieder im Grafischen Gewerbe und im Druckereigewerbe.

Mit der Zunahme der Ausländerinnen und Ausländer verschärft sich auch die Tonlage. Der Begriff «Ausländerproblem» wird nun öfters verwendet. Ab 1960 wird dieses «Problem» noch um einiges grösser. Unter bestimmten Bedingungen war es nun erlaubt, die Familien nachreisen zu lassen. Die Schulung der neu zugezogenen Kinder stellte die Stadt vor grosse Schwierigkeiten und die bereits vorher prekäre Wohnungssituation verschärfte sich enorm. Bei der Fremdenpolizei wurde versucht, auch die einstellenden Betriebe mehr in die Pflicht zu nehmen. Sie mussten vor Stellenantritt belegen, wo die Arbeitskräfte untergebracht werden sollten.

Die 60er Jahre waren geprägt von einer überhitzten Konjunktur, Überfremdungsängsten und zunehmenden Einschränkungen, um die Zahl der Ausländerinnen und Ausländer in der Schweiz zu reduzieren. Jedes Jahr brachte eine Verschärfung der Zureisebestimmungen. Die Wirtschaft boomte weiter, zusätzliche Arbeitskräfte liessen sich keine finden, sodass sich ein grosser Graben zwischen effektiver Nachfrage nach ausländischen Arbeitskräften, schweizerischer Politik und der Gesinnung gegenüber den Fremden auftrat.

Diese Stimmung dürfte in der Stadt Bern wohl nicht anders gewesen sein als in der übrigen Schweiz. Interessant ist zu sehen, dass zum Beispiel das Arbeitsamt in dieser Zeit aber vermehrt darauf hinweist, dass Bern diese Arbeitskräfte braucht, sich diese positiv auf die Konjunktur auswirken, weil sie ja auch selber Konsumentinnen und Konsumenten seien. Ganz sicher aber befand sich das Arbeitsamt in einer permanenten Zwickmühle zwischen den Anforderungen der Wirtschaft und den staatlichen Verordnungen. Die Umsetzung der Vorgaben seitens des Bundes war äusserst kompliziert und zeitaufwendig, es gab immer wieder Ausnahmeregelungen und Anpassungen an die Bedürfnisse der Wirtschaft.

Erfolgreich waren diese Bemühungen allesamt nicht. Erst die Rezession in den 70er Jahren brachte eine starke Veränderung – auch in der Stadt Bern. Die Rezession führte zu zahlreichen Umstrukturierungen verschiedener Firmen und zu einigen Betriebschliessungen, so z.B. der Spinnerei Felsenau. Stark betroffen waren vor allem auch viele Saisoniers, die keine Stellen mehr fanden, aber auch ganze Familien reisten in grosser Zahl zurück in ihre Heimatländer. Die Zulassungsbeschränkungen taten das ihre, Kontingente wurden nur noch sehr restriktiv erlassen. So wurde ein Grossteil der Arbeitslosigkeit quasi «exportiert».

Die erste Hälfte der 80er Jahre war geprägt von einem Auf und Ab in der wirtschaftlichen Entwicklung der Stadt Bern. Einzelne Branchen erholten sich nur langsam. Es blieb die Angst vor einer neuen Krise. Allgemein galt ein verschärfter internationaler Markt, die ausländische Konkurrenz, insbesondere der Preisdruck, war auch in Bern zu spüren, besonders in der Maschinen- und Apparateindustrie und im Grafischen Gewerbe. Die sich ständig verändernde Nachfrage nach Arbeitskräften wurde nach wie vor mit Saisonarbeitskräften ausgeglichen.

Als die Schweiz und auch die Stadt Bern anfangs der 90er Jahre von einer neuen Rezession erfasst wurde, wirkte sich dies weniger stark als noch in den 70er Jahren auf den Bestand der Ausländerinnen und Ausländer aus, da viele von ihnen inzwischen eine Niederlassungsbewilligung besaßen. Und es kamen vermehrt anders ausgebildete Personen: hoch qualifizierte Spezialistinnen und Spezialisten für Branchen, in denen Einheimische fehlten. In Bern z.B. neben den bekannten Informatikerinnen und Informatikern auch Arbeitskräfte für Revisionsarbeiten bei der Kehrrichtverwertungsanlage und dem AKW Mühleberg.

Inzwischen hat sich dieser Trend noch verstärkt. Viele Spezialistinnen und Fachkräfte in verschiedenen Branchen stammen aus dem Ausland, was sich an der vermehrten Zureise aus Deutschland und Asien zeigt. Die europäische Wirtschaftskrise brachte wieder mehr Arbeitsmigrantinnen und Arbeitsmigranten aus Italien, Spanien und Portugal. Vieles hat sich verändert mit bilateralen Verträgen, Personenfreizügigkeitsabkommen, dem neuen Ausländergesetz, das keinen Saisonierstatut mehr vorsieht. Und andere Diskussionen beginnen von neuem seit der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative. Was sich wiederholt, ist der Einfluss der Wirtschaft auf die Zuwanderung und auf die Umsetzung der entsprechenden Vorschriften.

Verwendete Literatur:

Soom/Truffer, Eva / Jacqueline: Eine italienische Migrationsgeschichte der Stadt Bern, 2000

3 Erzählte Migrationsgeschichten – vier Porträts aus vier Jahrzehnten



Francesco Fiore – eingewandert in den 60er Jahren

Francesco Fiore ist 1962 aus Süditalien in die Schweiz gekommen. Eigentlich wollte er Verwandte in Zollikofen besuchen. Aber bereits zwei Wochen später hatte er eine Arbeitsstelle in Bern gefunden und ist geblieben. 47 Jahre lang hat er bei der Autekla und deren Nachfolgefirmen gearbeitet. Zu Beginn hat er «Kassierstationen», öffentliche Telefonkabinen, getestet. Später hatte er diverse weitere Stellen in dieser Firma inne und sich stetig weitergebildet.

Aus einem Urlaub wurde ein Leben in der Schweiz

Francesco Fiore hat, wie viele Migrantinnen und Migranten, die als Saisoniers oder nur für eine vorübergehende Zeit in die Schweiz gekommen sind, die Rückkehr ins Heimatland stets im Hinterkopf gehabt. Spätestens aber, als die Kinder zur Welt gekommen seien und hier in der Schweiz eingeschult werden mussten, da habe er gemerkt, dass er wohl hier bleiben werde und sich fortan keine Gedanken mehr gemacht, nach Italien zurückzukehren.

Auch wenn die Stimmung zu Beginn der 1960er Jahre in der Schweiz und auch in Bern nicht sehr offen war, hat sich Francesco Fiore für einen Verbleib in Bern entschieden. Er erinnert sich an den problematischen Anfang als neu Zugezogener. Besonders die Sprache, und die damit eingehenden Schwierigkeiten, im Alltag mit den Leuten nicht kommunizieren zu können, waren eine Herausforderung. Francesco Fiore hatte jedoch Glück und konnte nach sechs Monaten einen Kurs besuchen und sich als Elektriker weiterbilden, dies dank der Unterstützung der Firma.

„Wenig Zeit für Schwarzenbach“

In den 1970er Jahren verschärfte sich die politische Situation. Die wirtschaftlich schlechte Lage wirkte sich in der Schweiz negativ auf die Ausländerfrage aus, die in den sogenannten Überfremdungsdiskurs sowie in zahlreiche Überfremdungsinitiativen mündete. Doch das Glück war erneut auf Francesco Fiores Seite. „Für mich war es aber eine glückliche Zeit, ich habe meine Frau kennengelernt und hatte dadurch wenig Zeit, mich mit Herrn Schwarzenbach auseinanderzusetzen“, erinnert er sich zurück.

Mehr als dem Überfremdungsdiskurs wendete er sich in den darauffolgenden Jahren seiner Familie und seiner Arbeit zu. Nebst anderen Kursen hat er 1965 einen dreimonatigen Samariterkurs im Samariterverein Bern absolviert. Trotz der sprachlichen Hürden sei dieser sehr gut gegangen und er habe viel dabei gelernt.

Herr Fiores Geschichte steht repräsentativ für die Immigration der Italienerinnen und Italiener. In den 60er Jahren kamen mehr als die Hälfte der Immigrantinnen und Immigranten in Bern aus Italien.

Nieves Garcia – eingewandert in den 70er Jahren

Nieves García ist 1971 in die Schweiz gekommen, damals war sie 21 Jahre alt. Die erste Stelle hat ihr ihr Schwager vermittelt, das war in einem Hotel in Kandersteg. Danach ist sie noch einmal kurz zurück nach Spanien/Galicien gegangen, bevor sie sich definitiv in Bern niederliess.

Sie lebt seit über 40 Jahren in Bümpliz und war auch über 40 Jahre lang im Reinigungsteam des Inselspitals tätig. Nieves García hat zwei Kinder, ihren Mann – er stammt ebenfalls aus Galicien – hat sie hier in der Schweiz kennen gelernt.

„Ich fühlte mich wie zu Hause“

Die fehlenden Sprachkenntnisse empfand Nieves García im Gegensatz zu Francesco Fiore nicht als Schwierigkeit oder grosses Hindernis. Dies lag vor allem daran, dass sie in einer Branche tätig war, in der auch viele andere Spanierinnen und Spanier, aber auch viele Italienischsprechende eine Arbeitsstelle gefunden hatten. Dass die Sprache viel dazu beiträgt, dass man sich auch in einer fremden Stadt und einem neuen Land wohl fühlt, darauf lässt Nieves García Aussage schliessen: Sie habe sich am Arbeitsplatz ein wenig wie zu Hause gefühlt. So ist Italienisch für sie schliesslich zur zweiten Sprache geworden.

Unterstützung seitens der Arbeitgeberschaft

Die Unterstützung von Seiten der Arbeitgeberschaft findet in Nieves García Erzählung ebenfalls Erwähnung. Das Inselspital stellte in diversen Personalhäusern Wohnmöglichkeiten für ihre Mitarbeitende bereit. Denn in dieser Zeit wurde das Bettenhochhaus des Inselspitals in Betrieb genommen, so dass viele Arbeitskräfte nötig waren. Die Lage auf dem Wohnungsmarkt war nämlich alles andere als einfach. Einerseits war das Angebot an Wohnungen knapp, andererseits waren viele Ausländerinnen und Ausländer mit einer Diskriminierung konfrontiert. Von dieser Erfahrung berichtet auch Nieves García. Die Verwaltungen hätten oftmals ihre Wohnungen nicht an ausländische Personen vermieten wollen. Deshalb waren Netzwerke und der Austausch mit Leuten aus der eigenen Community umso wichtiger. Durch Zufall oder Glück ist Nieves García an ihre Wohnung gekommen, in der sie nun seit über 40 Jahre wohnt. Von Bekannten hatte sie erfahren, dass eine Familie die Schweiz verlässt, nach Spanien zurückgeht und nun eine Wohnung frei werde. So einfach sei das gewesen, kommentiert Nieves García.

Als berufstätige Mutter konnte sie später ebenfalls von den Unterstützungsangeboten des Arbeitgebers profitieren. Das Inselspital hatte Kindertagesstätten für ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zur Verfügung gestellt. Die Möglichkeit, die Kinder in die Kinderkrippe zu bringen und das Arbeitspensum zu reduzieren, erlaubte es Nieves García weiterhin, einer bezahlten Tätigkeit nachzugehen und Mutter zu sein. So konnte sie Familie und Arbeit gut vereinbaren. „Ich weiss nicht, ob sich das heute geändert hat, aber damals war das für uns gut vereinbar.“ Natürlich sei die Reduktion des Pensums aber nötig gewesen und sie habe nach der Geburt ihrer Kinder nur noch 60 Prozent gearbeitet.

„Vielleicht sogar für immer...“

Ob sie von Anfang an vor gehabt habe, für immer in der Schweiz zu bleiben? Dies verneint García. Wie viele aus ihrer Generation habe auch sie gedacht, dass es nach der Pensionierung zurück ins Heimatland ginge. Da die Kinder aber hier wohnen und sie sich ihr Leben hier eingerichtet haben, müsste sie alleine zurück nach Spanien. „Das möchte ich nicht, das ist traurig. Jetzt bin ich noch da, ich weiss nicht wie lange. Vielleicht sogar für immer...“

Lukshmanan Sinnadurai – eingewandert in den 80er Jahren

Lukshmanan Sinnadurai ist 1983 aus Sri Lanka in die Schweiz geflüchtet. Nach drei Jahren wurde er als Flüchtling anerkannt, heute ist er Schweizer. In Sri Lanka wollte er eine Ausbildung im kaufmännischen Bereich machen. In der Schweiz hat er – sobald er arbeiten durfte – diverse Hilfsarbeiten übernommen und dann die Ausbildung zum Pflegehelfer gemacht. Noch heute ist er in diesem Beruf tätig. Er hat drei Kinder und lebt in Niederscherli.

Ein kalter Tag im Dezember 1983

An seine Ankunft in Bern erinnert sich Lukshmanan Sinnadurai auch heute nach rund 30 Jahren noch gut. Das sei ein sehr kalter Tag gewesen, als er im Dezember 1983 um 6 Uhr am Morgen in Bern angekommen sei. An solch eine Kälte war er nicht gewohnt. Der Bahnhof habe von Beginn an einerseits als Treffpunkt gedient, wo er viele andere Schicksalsgefährten traf – Tamilen, die wie er auf ihren Asylentscheid warteten. Die Landsleute am Bahnhof waren auch die erste „Anlaufstelle“ für Lukshmanan Sinnadurai, sie gaben ihm Auskunft und die Adresse der Fremdenpolizei, wo er seinen Asylantrag stellen sollte. Die Anwesenheit von Tamilen rund um den Berner Bahnhof fiel der Schweizer Bevölkerung auf. Manchmal hätten Leute abends zu ihm gesagt: „Ich war arbeiten und du bist immer noch da.“ Ob die Passanten gewusst haben, dass sich Sinnadurai und die anderen Tamilen hier trafen, um ihre Zeit zu vertreiben, da sie als Asylsuchende nicht arbeiten durften oder weil teilweise ihre Unterkunft tagsüber geschlossen war?

Bis Lukshmanan Sinnadurai als Flüchtling anerkannt wurde, dauerte es drei Jahre. Das Asylverfahren sei langwierig und schwierig gewesen, obwohl er sich gut auf Englisch verständigen konnte. Die Angst vor der Polizei und den Behörden war stets präsent. Die Spuren seiner Erfahrungen, die er in Sri Lanka gemacht hatte, zeigten sich auch in der Schweiz.

Arbeit gegen Kost und Logis

Die erste Unterkunft von Lukshmanan Sinnadurai war ein Hotelzimmer in Muri, dann das Durchgangszentrum in Halenbrücke. Später habe er bei Privatpersonen gewohnt und für Kost und Logis gearbeitet. So zum Beispiel bei einer Familie auf einem Bauernhof in Detligen. Die Zeit, die er dort verbracht hat, habe er in guter Erinnerung. Er habe sehr viel von dieser Familie gelernt über die Lebens- und Arbeitsweise in der Schweiz insbesondere pünktlich zu sein. Für diese Erfahrung ist er der Familie sehr dankbar.

Schweizerische Zurückhaltung

Nebst der Arbeit im Betrieb der Bauernfamilie hat Lukshmanan Sinnadurai später auch einen Deutschkurs besucht, um seine Deutschkenntnisse zu verbessern. Wie für die meisten Zuwanderinnen und Zuwanderer war das Erlernen der Sprache ein sehr zentrales Element für seinen beruflichen Einstieg. Nach Absolvierung des Kurses habe er kurze Zeit später die Arbeitsbewilligung erhalten und bald darauf eine Arbeitsstelle im Gastronomiebereich gefunden. Danach hat er im Altersheim gearbeitet. Die tägliche Ar-

beit mit älteren Menschen hat ihm gut gefallen, weshalb er einen Pflegekurs absolviert hat und noch heute in diesem Beruf tätig ist. Nebst der Schweizer Bürgerschaft habe er auch viele „schweizerische Eigenschaften“ im Laufe der Jahre erworben, wie etwa Pünktlichkeit oder die (schweizerische) Zurückhaltung.

Valbona Thaçi – eingewandert in den 90er Jahren

Valbona Thaçi war 1989 zum ersten Mal als Touristin in der Schweiz. In dieser Zeit erhielt sie ein Jobangebot. Sie ging dann aber noch einmal zurück ins Gebiet des heutigen Kosovo (damals noch Jugoslawien), bevor sie erneut mit einer Saisonierbewilligung einreisen durfte. Während ihres Aufenthalts als Saisonierarbeiterin wurde sie mit ihrer ersten Tochter schwanger, weshalb sie die Arbeits- und damit auch die Aufenthaltsbewilligung verlor und die Schweiz verlassen musste. Über den Familiennachzug – der Vater ihrer Tochter lebte und arbeitete in der Schweiz – konnte sie schliesslich 1991 wieder einwandern. Anfänglich war sie im Berner Oberland in der Gastronomie und im Detailhandel tätig. Seit 1997 lebt sie im Unterland. Heute arbeitet sie beim Kompetenzzentrum Integration der Stadt Bern, hat zwei Töchter und lebt in Köniz.

Der erste Eindruck zählt

Über ihre Ankunft in der Schweiz weiss auch Valbona Thaçi zu berichten. Der erste Eindruck, den sie von der Schweiz hatte? „Gross, gigantisch und kalt.“ Sie sei auf der kleinen Scheidegg angekommen und habe den Eindruck gehabt, sie sei in Japan gelandet, angesichts der vielen japanischen Touristen vor Ort. Damals hätte sie sich nicht vorstellen können, dass sie einmal vor einem Publikum sitzen und über ihre Zeit in der Schweiz sprechen würde, denn schon nach der ersten Woche nach ihrer Ankunft wollte sie zurück nach Kosovo.

„Einmal einheimisch, einfach“

Gleichzeitig habe sie aber auch den Wunsch verspürt, selbst auf den Skis zu stehen und Skifahren zu lernen, als sie alle anderen auf der Piste sah, wie sie mit ihren Skis die Piste hinunterfuhren. Das war ihre grösste Herausforderung in der ersten Woche. Dies hatte aber auch ihren Ehrgeiz geweckt und sie hätte sich fest vorgenommen, sich in einer Woche das Skifahren beizubringen. So ist sie dann jeden Tag von der kleinen Scheidegg nach Grindelwald gefahren und hatte auch schnell gelernt, wie man hier ein Ticket verlangt: „Einmal einheimisch, einfach.“ Auf diese Weise ist sie bereits nach ein paar Tagen zur Einheimischen geworden. Bis sie sich in der Schweiz jedoch auch heimisch gefühlt habe, brauchte es noch ein paar Umwege.

Von der Skipiste in den Arbeitsalltag

Während ihres ersten Aufenthalts als Touristin hat Valbona Thaçi nicht nur Skifahren gelernt, sondern gleich auch noch ein Jobangebot erhalten. Ein Gast, der ein eigenes Geschäft für Gleitschirmvermietung und Verkauf von Sportartikeln besass, hatte ihr im Restaurant eine Visitenkarte gegeben und ihr einen Job vermittelt. Die Schweiz war zu jener Zeit auf Arbeitskräfte angewiesen und man hat Arbeitskräfte aktiv aus dem Ausland rekrutiert. So ist Valbona Thaçi damals zusammen mit sechs anderen Personen aus Jugoslawien in die Schweiz eingereist und hat eine Saison lang in Grindelwald gearbeitet. Wie sie diese Arbeit mit wenig Deutschkenntnissen gemacht habe, wisse sie selber nicht mehr. Sie konnte kaum Deutsch, es hat aber gereicht, um Bestellungen

aufzunehmen und Rechnungen auszustellen. „Die Sprache war nicht besonders zentral, wichtiger war, dass man die Arbeit erledigte.“

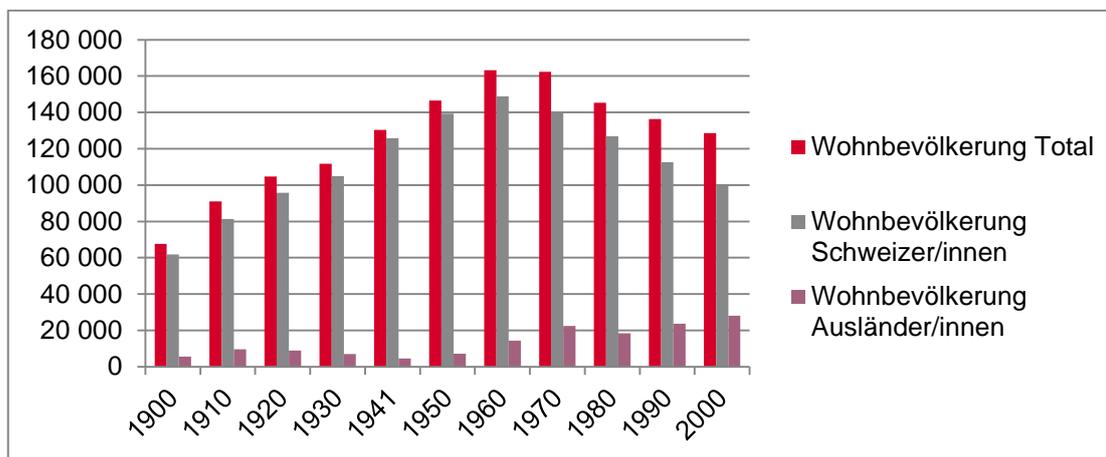
Der Arbeitgeber sei für sie Ansprechstelle und Behörde zugleich gewesen. Die Schwierigkeiten begannen für sie und auch für andere erst später, als sie die Sprache besser beherrschten und mehr über die Gepflogenheiten lernen konnten und sich stärker für ihre Rechte einsetzten. Lange Zeit sei die Sprache jedoch gar nicht so wichtig gewesen, man habe nicht so grossen Wert darauf gelegt, wie das heute der Fall ist. Auch die Formalitäten waren weniger bürokratisch. Eine Lohnabrechnung habe sie beispielsweise damals nicht erhalten, der Lohn wurde bar ausbezahlt, da man nicht wusste, ob man nochmals ein Visum für eine weitere Saison erhielt und was im Falle einer Nichterneuerung mit dem Geld passieren würde. So kam es bei ihr schliesslich auch: Valbona Thaçis Bewilligung wurde nicht erneuert und sie musste die Schweiz vorübergehend verlassen bevor sie definitiv in der Schweiz heimisch werden konnte.

Erzählte Migrationsgeschichten, „Oral history“ und Zahlen zur Migration in der Stadt Bern

Die vier an der Austauschszitzung porträtierten Personen teilten ihre ganz persönliche Geschichte mit dem Publikum und zeigten ihre Sichtweise auf die Berner Migrationsgeschichte. Indem sie als Zeitzeuginnen und Zeitzeugen über die Ereignisse und ihre Lebenswelt berichteten, vermittelten sie ein konkretes Bild über den Umgang mit Migrationsthemen und migrierten Menschen in Bern. Die damalige politische Situation, die Unterstützung seitens der Arbeitgebenden oder auch ganz spezifische Dinge, wie die Auszahlung des Lohnes kamen dabei zur Sprache.

Um eine Verknüpfung zum Erzählten herzustellen, werden nachfolgend einige Zahlen und Statistiken zur Berner Migrationsgeschichte präsentiert. Diese geben Aufschluss über Zuwanderung und Abwanderung, über die Zusammensetzung der Bevölkerung, über Nationalitätenwechsel (Einbürgerungen), über die grössten Migrationsgruppen in Bern und den Wanderungssaldo.

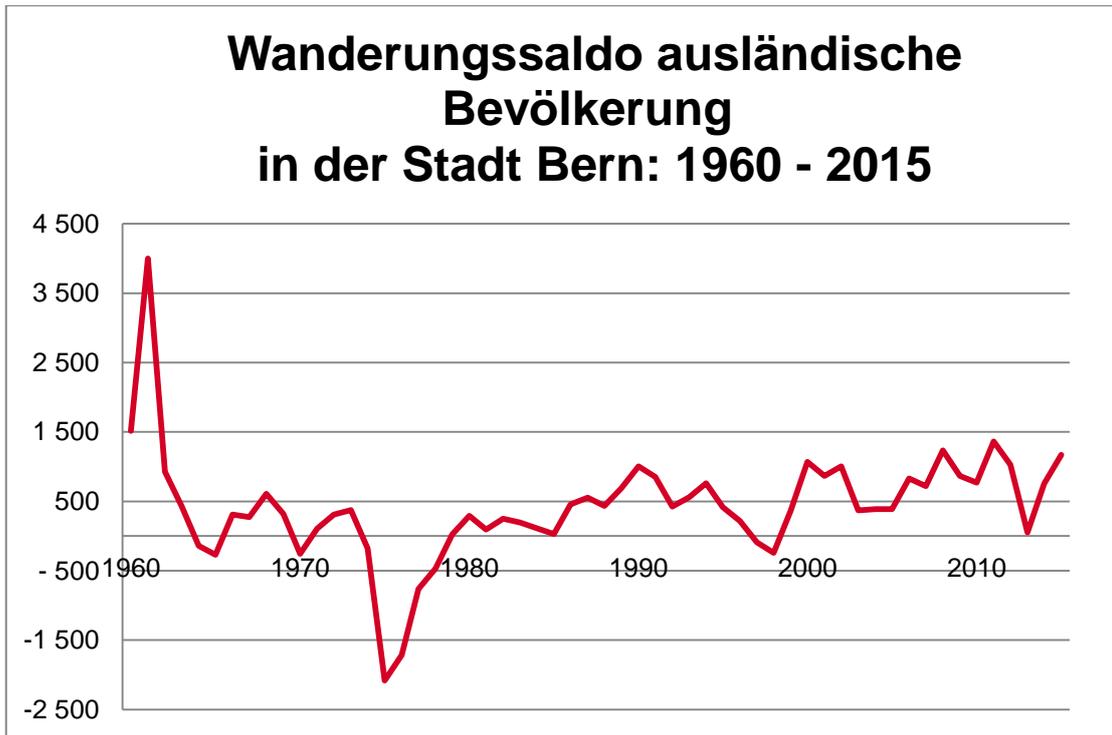
Abbildung 1 Ausländische Wohnbevölkerung Stadt Bern



Eigene Darstellung. Datenquelle: Statistik Stadt Bern, Datenquelle: Bundesamt für Statistik, Eidg. Volkszählungen

Zwischen 1986 und 1990 widerspiegeln die Zahlen die zunehmende Diversität innerhalb der Migrationsbevölkerung. Neu kamen nicht nur vorwiegend Leute aus Italien und Spanien in die Schweiz und nach Bern, sondern auch aus dem ehemaligen Jugoslawien (Mazedonien, Kosovo, Kroatien und Serbien), der Türkei und Portugal, Sri Lanka u.a. Gleichzeitig nahm auch der Anteil der ausländischen Wohnbevölkerung insgesamt zu und lag gemessen an der Gesamtbevölkerung im Jahr 1986 bei 13.9 Prozent und stieg im Jahr 1990 auf 16.3 Prozent an. Die Zahl der in der Stadt Bern wohnhaften Ausländerinnen und Ausländer sollte auch in der jüngeren Vergangenheit weiter zunehmen.

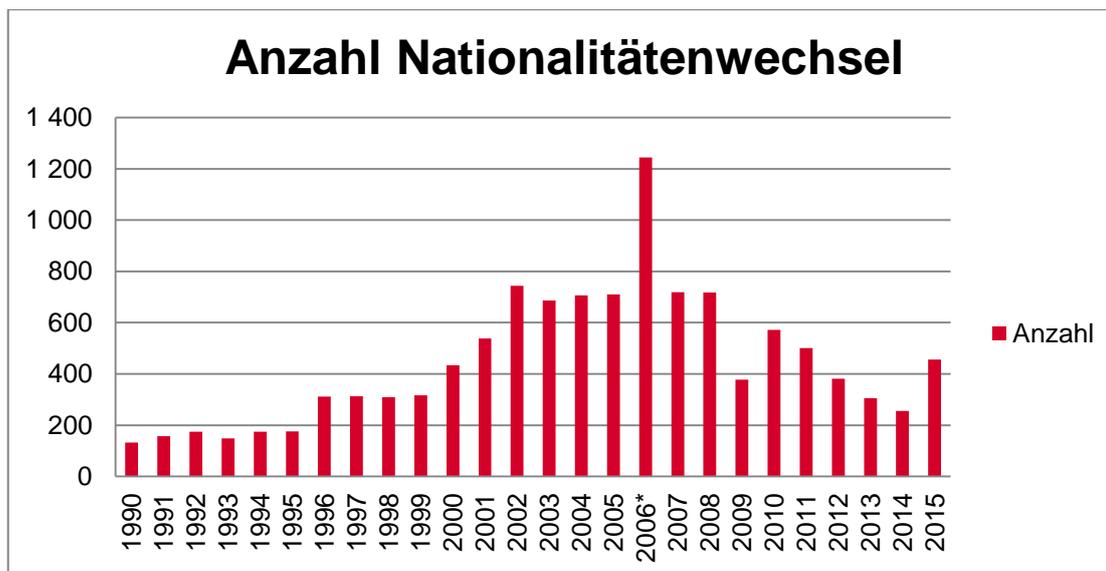
Abbildung 2 Wanderungssaldo 1960-2015



Eigene Darstellung. Datenquelle: Statistik Stadt Bern, Datenquelle: Polizeiinspektorat Stadt Bern, Einwohnerdatenbank

Betrachtet man das Wanderungssaldo in der Stadt Bern, so wird deutlich, was aus den Referaten hervorging. In den 60er Jahren hatte die Stadt einen positiven Wanderungssaldo. In der Zeit der Rezession wurde auch in der Stadt Bern die Arbeitslosigkeit exportiert: von 1974 bis 1978 wanderten mehr Personen aus als in die Stadt zogen. Der Wanderungssaldo der ausländischen Bevölkerung war während dieser Zeit negativ und sollte erst in den 90er Jahren wieder stärker zunehmen.

Abbildung 3 Nationalitätenwechsel in Bern seit 1990



Eigene Darstellung, Datenquelle: Statistik Stadt Bern, Datenquelle: Polizeiinspektorat Stadt Bern, Einwohnerdatenbank

Was als vorübergehende Situation gedacht war, mündete oftmals in einen dauerhaften Status. Die oft logische Folge war und ist der Wunsch vieler Ausländerinnen und Ausländer, dort wo sie ihr ganzes Leben verbracht haben, auch dieselben Rechte zu haben. Der Weg dahin ist eine Einbürgerung.

2012 wurden beispielsweise drei Mal mehr Personen eingebürgert als 1992. Dennoch erhielten 2012 nur zwei von 100 in der Schweiz lebenden Ausländerinnen und Ausländern das Schweizer Bürgerrecht – ein im internationalen Vergleich niedriger Prozentsatz². Im Jahr 2006 liessen sich vergleichsweise viele Personen einbürgern. Die grosse Zahl der Einbürgerungen in diesem Jahr ist auf die geänderten Bestimmungen in Bezug auf Einbürgerungsgebühren zurückzuführen. Diese Änderung hängt mit dem 2006 in Kraft getretenen Artikel im Bürgerrechtsgesetz (Art. 38 BüG) zusammen, gemäss welchem Bund, Kantone und Gemeinden für ihre Entscheide höchstens Gebühren erheben können, welche die Verfahrenskosten decken.³

² Die Statistik Stadt Bern erfasst bei den Nationalitätswechseln jeweils die Wechsel der Nationalität in schweizerisches Bürgerrecht der in Bern wohnhaften Personen durch ordentliche und erleichterte Einbürgerung, Anerkennung und Adoption. Vgl. dazu Statistik Bern: Jahrbuch 2015, S. 30.

³ Vgl. Medienmitteilung Stadt Bern, 21. Dezember 2015 und Website Staatssekretariat für Migration: <https://www.sem.admin.ch/sem/de/home/themen/buergerrecht/einbuengerung/gebuehren.html> (Stand: 09.02.2017).

4 Vertiefungsthemen

Inländervorrang um 1893 in der Stadt Bern? Die Haltungen zur „Italienerfrage“ im Umfeld des Käfigturmkrawalls

Samuel Budmiger

Mit dem zweiteiligen TV Spielfilm „Gotthard“, ausgestrahlt von SRF im Dezember 2016, ist die italienische Arbeitsmigration im 19. Jahrhundert ins kollektive Gedächtnis der Schweizer Bevölkerung gerückt und viele Schweizerinnen und Schweizer verbinden die italienischen „Gastarbeiter“ nicht mehr nur mit dem Aufschwung nach dem Zweiten Weltkrieg. Das Gotthardmassiv ist nun auch Sinnbild für Einwanderung und Arbeiterkampf. Genau diese beiden Themen waren auch 1893 in der Stadt Bern sehr präsent: Im Vorfeld des Käfigturmkrawalls waren arbeitslose Schweizer Handlanger auf die Stadtberner Baustellen gezogen und hatten die italienischen Arbeiter mit Gewalt zu vertreiben versucht. Wie ist es dazu gekommen?

Migrationsströme und Bauboom im 19. Jahrhundert

Das 19. Jahrhundert gilt als Zeitalter mit grossen Migrationsströmen, es war geprägt von mehrheitlich liberalen Arbeits- und Niederlassungsgesetzen, von der Auswanderung nach Übersee – aber nicht nur: ab 1889 wird die Schweiz im Zuge der Industrialisierung zu einem Einwanderungsland. Die Bevölkerung der Stadt Bern wuchs zwischen 1888 und 1900 um vierzig Prozent. Dazu trug eine starke Binnenwanderung bei, jedoch auch die Einwanderung von Ausländerinnen und Ausländern. Schweizweit stieg der Anteil der ausländischen Bevölkerung von 7.9 Prozent (1888) auf 11.6 Prozent (1900) an, bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs erreicht er mit 14.9 Prozent einen ersten Höhepunkt. Die Zahlen müssen als Minimalwerte betrachtet werden, weil die Saisoniers nicht berücksichtigt wurden.

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurden infolge der grossen Bautätigkeit in der Schweiz viele billige Arbeitskräfte benötigt. Auch die Stadtberner Bauwirtschaft befand sich 1893 im Aufschwung. Der Ausländeranteil im Hochbau in der Stadt war hoch, im Jahr 1900 betrug er 47.8 Prozent. Darunter waren viele italienische Arbeiter, die seit dem Gotthardbau eine immer grösser werdende Bevölkerungsgruppe darstellten. Obwohl viele Arbeitskräfte benötigt wurden, befanden sich die einheimischen niedrig qualifizierten Arbeiter – möglicherweise die Verlierer der Industrialisierung aus der Landwirtschaft und dem Gewerbe – in Konkurrenz mit den italienischen Arbeitern.

Diese Konkurrenzsituation war in urbanen Zentren ein verbreitetes Phänomen und gab um 1893 in Bern und auf Bundesebene Anlass zu verschiedensten politischen sowie gewerkschaftlichen Vorstössen: Im Februar 1892 rief der Berner Arbeitersekretär Niklaus Wassilieff alle Arbeitslosen der Stadt Bern auf, sich bei ihm zu melden. Es meldeten sich u.a. 112 arbeitslose Handlanger, worauf der umtriebige Gewerkschafter einen Handlangerbund gründete. In dessen Statuten ist zu lesen, dass der „Schutz seiner Mitglieder gegen übermäßigen Andrang auswärtiger Arbeitskräfte“ gefordert wurde. Dane-

ben fiel Wassilieff mit der Gründung einer Sparkasse und einer Arbeitslosenkasse für die Handlanger auf.

Fast zeitgleich mit den Bemühungen des Berner Arbeitersekretärs begann im Frühjahr 1893 die Unterschriftensammlung für die eidgenössische Initiative „Gewährleistung des Rechts auf Arbeit“, die von den Sozialdemokraten lanciert wurde. In einer ersten Fassung des Initiativtextes war noch zu lesen, dass ein „gesetzlicher Schutz der einheimischen Arbeiter vor fremder Konkurrenz“ angestrebt werden müsse. In der Endfassung heisst das Hauptziel noch: „Das Recht auf ausreichend lohnende Arbeit ist jedem Schweizerbürger gewährleistet.“

Im Frühjahr 1893 errichtete die Stadt Bern als Antwort auf Wassilieffs Initiative für die Handlanger eine städtische Arbeitslosenversicherung, die den Arbeitern aller Berufsarten offenstand. Die Berner errichteten damit – auch weil man das Heft in dieser Frage nicht dem Gewerkschafter überlassen wollte – die erste ständige Arbeitslosenversicherung in der Schweiz. Nach langer Debatte fasste der Berner Rat den Beschluss, dass nur Arbeiter „schweizerischer Herkunft“ der Kasse beitreten können.

Am 17. Mai 1893, einen Monat vor dem Käfigturmkrawall, wurden in der „Berner Tagwacht“ die Beschlüsse der Generalversammlung des Handlangerbundes abgedruckt. Zu lesen war auch, „daß auswärtige Arbeiter nur dann angestellt werden dürfen, wenn sämtliche hiesige [sic] Arbeit haben“.

Ereignisse am Tag des Käfigturmkrawalls

Als am 17. Juni 1893, ein Friedrich Zuber, der zuvor vergebens Arbeit auf einer Stadtberner Baustelle gesucht hatte, mit einem Inserat im „Berner Anzeiger“ Maurer und Handlanger dazu aufforderte, sich am, 19. Juni 1893, mittags um 13.00 Uhr beim Bahnhof Bern zu versammeln, waren also die italienischen Arbeiter und die Arbeitslosigkeit bei Einheimischen seit längerem ein Thema. Zuber selber hat laut seiner Aussage persönlich auf verschiedenen Baustellen die Leute animiert, an die Versammlung zu kommen und einen Knüppel mitzubringen. Als die Gruppe auf die Baustellen ins Kirchenfeld zog, waren die italienischen Arbeiter schon gewarnt worden und nicht bei der Arbeit. Im Gebiet des Gryphenhübeli wurden mehrere Italiener verwundet. Einige Übeltäter wurden von der Polizei verhaftet und in den Käfigturm in der Innenstadt gesperrt. So kam es am Abend dieses 19. Juni, als einheimische Arbeitslose nachmittags aus Wut auf die italienischen Arbeiter auf den Baustellen Berns mit Gewalt einen Inländervorrang durchsetzen wollten, zum eigentlichen Käfigturmkrawall, bei dem die aufgebrachte Arbeiterschaft die Freilassung ihrer Kollegen zu erreichen versuchte. Eidgenössische Truppen beendeten nach zwölf Stunden den Aufruhr.

In der anschliessenden Debatte hatten die Arbeitervertreter und ihre jeweiligen Presseorgane die „Italienerfrage“ in den Räten und in der Öffentlichkeit lanciert und forciert. In Bern bot der Krawall den linken Akteuren vor allem die Gelegenheit, die „alte“ Forderung nach einer Bevorzugung einheimischer Arbeitskräfte neu zu artikulieren und auf ihre Dringlichkeit hinzuweisen. Politisch noch stärker ausgeschlachtet wurde die „Italienerfrage“ aber von „den Linken“ in Zürich. Die linken Akteure betonten nicht nur die wirtschaftliche Dimension der Frage, sondern thematisierten immer wieder die ethnisch-

kulturelle Seite des „Italienerproblems“ – und dies zuweilen mit chauvinistischen Argumenten.

Während die bürgerliche Presse Verständnis für das Anliegen der einheimischen Handlanger zeigte, die italienische Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt einzudämmen, gingen die bürgerlichen Behördenmitglieder nicht auf diese Forderung ein. Die Bürgerlichen vermieden den Gebrauch des Begriffs „Italienerfrage“ und versuchten besonders in den beiden Berner Räten die Problematik zu relativieren. Um die liberalen Bestimmungen bezüglich des Arbeits- und Niederlassungsrechts zu bewahren, lenkten sie die Diskussion weg von der „Italienerfrage“ hin zur Arbeiterbewegung selbst, in welcher sie die Hauptschuldigen der Berner Vorfälle sahen.

Anfänge der Überfremdungsdebatte

Obwohl der Begriff „Überfremdung“ erst Ende der 1890er Jahre auftauchte, kann die „Italienerfrage“ um 1893 als „Überfremdungsdebatte“ bezeichnet werden, weil sich in ihr eine resolute Abwehrhaltung einiger Akteure gegenüber Ausländerinnen und Ausländern zeigte. Im Bern der 1890er Jahre war die liberale Regierung nicht gewillt, die protektionistischen Forderungen der Arbeiterbewegung umzusetzen.

Die „Italienerfrage“ um 1893 steht als frühes Beispiel für mögliche negative Auswirkungen einer Wirtschaftspolitik, die auf liberale Einreisebestimmungen baut, die aber den Rahmenbedingungen wie „gesetzliche Schranken“ oder „Integrationsproblemen“ zu wenig Aufmerksamkeit schenkt. Die Hintergründe des Käfigturmkrawalls und die „Italienerfrage“ reihen sich ein in eine heute noch andauernde Diskussion über Einwanderungskontingente, Arbeiterschutz, Freizügigkeit, Integration und Inländervorrang.

Die galicische Migration nach Bern und zurück

Marianne Helfer

Die spanische Migration in die Schweiz und nach Bern war in grossen Teilen eine galicische Migration. Galicien, der nordwestlichste Zipfel der iberischen Halbinsel, war seit Jahrhunderten eine Auswanderungsregion. Angesichts der bis ins 20. Jahrhundert feudalen Landbesitzverhältnisse und der fehlenden Industrialisierung Galiciens, gewann die Auswanderung ab der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts noch an Bedeutung. Zuerst waren lateinamerikanische Länder die häufigsten Zielorte, ab 1960 europäische Länder – besonders die Schweiz, Deutschland, Frankreich und England.

Anhand biografischer Interviews, die 2005 mit Rückkehrerinnen und Rückkehrern aus der Schweiz an der Costa da Morte (Provinz Coruña) geführt wurden, wurden Muster der galicischen Arbeitsmigration nach Bern herausgearbeitet. Einige davon werden im Folgenden kurz beschrieben.

Rückkehrabsicht

Die Rückkehrabsicht war Teil des Auswanderungsentscheids der interviewten Frauen und Männer, die ab Mitte der 1960er bis Anfang 1970er Jahre in die Schweiz gezogen sind. Und sie war impliziter Teil der «Gastarbeiterpolitik» und damit sowohl von der Schweiz wie auch von den spanischen Behörden gewünscht. Im Gegensatz zur früheren transatlantischen Migration war die europäische nicht als eine permanente gedacht. Die Migration war sozusagen eine zeitliche Klammer, die zur Erreichung eines Ziels in der Zukunft genutzt wurde: Die Rückkehr nach Galicien in das während der Zeit in der Schweiz gebaute Haus, um mit der ganzen Familie zusammenzuleben, ohne weiter auf Lohnarbeit angewiesen zu sein.

Obwohl als zeitlich befristetes Projekt gedacht, dauerte das Leben in der Emigration aber bei allen Befragten über 20 – bei vielen mehr als die Hälfte ihres Lebens. Die Rückwanderung wurde laufend hinausgezögert, weil die Hypothek noch nicht abbezahlt war, die Kinder erst kürzlich nachgezogen worden waren oder die Situation auf dem galicischen Arbeitsmarkt wenig vielversprechend war.

„Wenn ich in der Schweiz blieb, wenn es nicht sehr krumm laufen würde, hätte ich meine Zukunft abgesichert gehabt. Und hier musste ich noch einmal neu anfangen...“

Der Zeitpunkt der Rückkehr wurde familienintern immer wieder verhandelt und oft war diese Frage Konfliktstoff für die Paare und zwischen den Generationen.

Hausbau

Bei allen Interviewpartnerinnen und -partnern spielte das eigene Haus, das während der Migration in Galicien gebaut wurde, eine grosse Rolle: Es war eines der mit der Migration verbundenen Ziele. Allerdings verzögerten die dafür entstandenen Kosten meist auch die Rückkehr. Gleichzeitig verstärkten die finanziellen, zeitlichen und emotionalen Investitionen, die in den Hausbau gesteckt wurden, aber die Rückkehrabsicht. Oft wurde das Haus als eigentliches Motiv der Remigration genannt. Das Haus war letztlich

auch ein Zeichen des sozialen Aufstiegs und wirkte der Herkunftsgemeinschaft und sich selber gegenüber sozusagen als Versprechen für die Rückkehr.

Kinder

Mit einer Ausnahme haben alle befragten Paare ihre Kinder zumindest zeitweilig, oft aber bis zum Schulaustritt, in Galicien von den Grosseltern betreuen lassen – obwohl zu diesem Zeitpunkt ein Familiennachzug rechtlich bereits möglich gewesen wäre. Abgesehen von persönlichen und familiären Faktoren und Überlegungen spielte dabei auch die schwierige Vereinbarkeit von Beruf und Familie in der Schweiz eine Rolle.

Die Trennung von den Kindern war für alle porträtierten Familien letztlich ein Drama. Die Entscheidung, ob und wie lange die Kinder in Galicien bleiben würden, wurde innerhalb der Familien immer wieder verhandelt und führte nicht selten zu Konflikten und Ressentiments, die bis heute fort dauern.

„Für die Mutter ist es sehr hart, eh. Darum sage ich meinen Töchtern – wenn sie nicht so viel Geld verdienen, ist das egal, aber die Kinder sollen bei ihnen bleiben. Heute würde ich mich von meinem Mann trennen, aber von den Mädchen nicht.“

In den meisten Fällen wurden die Kinder erst nach dem Schulabschluss in Galicien in die Schweiz nachgezogen. Einige haben eine Lehre abschliessen können, mehrere sind aber ohne Ausbildung geblieben. Interessanterweise sind in fast allen Fällen auch die Kinder – und zwar auch die wenigen, welche zum grössten Teil in der Schweiz aufgewachsen waren – nach Galicien zurückgekehrt. Einige sogar noch vor ihren Eltern.

Die Übernahme der Kinderbetreuung durch die Grosseltern war für die Rückkehrerinnen und Rückkehrer offenbar mehr oder weniger direkt an die Verpflichtung der späteren Betreuung der alten Eltern gekoppelt. Daraus entstand für viele der Befragten eine eigentliche Rückkehrpflicht.

Arbeit

Die Interviewpartnerinnen und -partner haben in der Stadt Bern und Umgebung gearbeitet. Wichtige Arbeitgeber waren das Inselspital (Reinigung, Wäscherei) sowie die heutige Emmi. Weitere Befragte haben in einer Metzgerei, einer Schreinerei, in der Gastronomie (oft als Einstiegsbranche), in einer Papierfabrik sowie auf dem Bau gearbeitet.

Die wenigsten der Befragten haben während ihrer langjährigen Arbeitsverhältnisse je eine Verbesserung dieser angestrebt oder erreicht – die Arbeitsplatzsicherheit war für sie das Wichtigste.

„Wohin sollte man auch gehen? Um von Firma zu Firma wechseln für einen kleinen Unterschied, dann hat man sich gesagt – besser das Bekannte...“

Die „Gastarbeiterpolitik“ wollte den Arbeitsmarkt mit flexiblen, günstigen Arbeitskräften versorgen – Spanien hatte ein Interesse, überschüssige Arbeitskraft zumindest zeitweilig zu exportieren. Einer der Interviewpartner brachte das folgendermassen auf den Punkt:

“Die Schweizer waren an meiner Arbeitskraft interessiert, und mir kam das gelegen.“

Einige der Porträtierten nahmen neben ihrer Vollzeitarbeit abends oder am Wochenende eine weitere Erwerbstätigkeit in der Reinigung wahr. Diese enorme Arbeitsbelastung wurde in Kauf genommen, um rascher die Hypothek des Hauses abzahlen und zurückkehren zu können. Dieses Verhalten wurde allerdings von anderen Interviewpartnerinnen und -partnern kritisch kommentiert: Viele Landsleute hätten „wie Tiere“ gearbeitet, statt das Leben in der Schweiz und mit ihrer Familie zu geniessen.

Die meisten der befragten Personen sind kurz vor der Pensionierung ab Ende der 1990er Jahre nach Galicien zurückgekehrt mit der klaren Absicht, keiner Lohnarbeit nachgehen zu müssen. Zwar nehmen viele Remigrantinnen und Remigranten eine selbständige Erwerbstätigkeit auf (sie eröffnen eine Bar, einen Laden oder eine Werkstatt), die Arbeit im Angestelltenstatus scheint aber sozial verpönt zu sein.

Aktuelles

Die spanische Zuwanderung in die Schweiz hatte seit den 80er Jahren und spätestens nach dem Ende der „Gastarbeiterpolitik“ stark abgenommen. Die grosse Wirtschaftskrise ab ca. 2005 führte aber dazu, dass viele Galicierinnen und Galicier wieder auswandern – in andere Regionen Spaniens, aber auch in die Schweiz. Darunter sind sehr gut ausgebildete Frauen und Männer, die oft in internationalen Firmen arbeiten. Es gibt aber auch wieder eine Zuwanderung in weniger qualifizierte Bereiche, wo Arbeitsplätze im Bau, in der Pflege oder der Landwirtschaft besetzt werden, die in ihrer Art durchaus an die vergangenen Zeiten der Gastarbeiterpolitik erinnert.

Verwendete Literatur:

Marianne Helfer: Os retornados. Eine biografische Perspektive auf die Rückwanderung von Arbeitsmigrantinnen und -migranten aus der Schweiz nach Galicien (Spanien). Hrsg: Institut für Sozialanthropologie, Universität Bern. Arbeitsblatt Nr. 37, 2007.

Die Stadt Bern als Zuwanderungsmagnet 1840-1940: Verlauf, Merkmale der Zuziehenden, Reaktion der Politik und der Bevölkerung

Christian Lüthi

Die liberale Verfassung des Kantons Bern von 1831 und die Bundesverfassung von 1848 garantierten die Niederlassungsfreiheit, ein Grundrecht, das die Mobilität der Bevölkerung ermöglichte. Doch erst mit dem Bau der Eisenbahn setzte um 1860 eine grössere Migration ein. In den Städten und an den Knotenpunkten des neuen Verkehrsmittels wurden nun viele neue Arbeitsplätze in der Industrie und anderen Branchen geschaffen. Auf dem Land gingen gleichzeitig Arbeitsplätze in der Landwirtschaft verloren. Deshalb verlief die Entwicklung der Bevölkerungszahlen in Stadt und Land ab 1860 unterschiedlich. Die Stadt Bern wurde 1858 an das Bahnnetz im Schweizer Mittelland angeschlossen. Die Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner nahm stark zu von rund 30'000 (1860) auf 90'000 (1910) und 130'000 Personen (1940). Die Bevölkerung des Kantons erhöhte sich hingegen von 1860 bis 1940 nur um 60 Prozent.

Merkmale der Zuziehenden

Zwischen 1850 und 1914 zogen vor allem junge Leute von 15 bis 30 Jahren in die Stadt Bern, die hier eine Arbeit suchten. Die Frauen stammten zu drei Vierteln aus ländlichen Gemeinden des Kantons Bern. Sie fanden grösstenteils Stellen als Dienstmädchen in Mittel- und Oberschichtsfamilien der Stadt. Den Frauen standen bis Anfang des 20. Jahrhunderts ganz generell nur wenige Berufe auf dem Arbeitsmarkt offen, so als Dienstbotin, im Gastgewerbe, im Detailhandel oder in der Textil- und Lebensmittelindustrie. Die Dienstmädchen hatten in der Regel einen Arbeitsvertrag von einem Jahr, danach wechselten sie in andere Stellen oder zogen aus der Stadt weg. Die Migration von Dienstbotinnen gab es bereits in früheren Jahrhunderten. Arbeitsbeginn war häufig Lichtmess am 2. Februar. An diesem kirchlichen Feiertag begann das Bauernjahr, deshalb wurden die Anstellungen für Dienstboten und Knechte früher auf dieses Datum gelegt. 1856 machten die Dienstbotinnen rund einen Drittel der Arbeitskräfte in der Stadt Bern aus, 1910 waren es noch elf Prozent.

Die Männer, die ebenfalls in grosser Zahl in die Stadt Bern kamen, hatten meistens eine handwerkliche Ausbildung und fanden in Gewerbe und Industrie eine Beschäftigung. Mehr als die Hälfte von ihnen stammte aus dem Ausland oder aus anderen Kantonen der Schweiz. Sie wanderten von Stadt zu Stadt und blieben meistens bloss einige Wochen oder Monate an einer Stelle. Darin zeigt sich die mittelalterliche Tradition der Gesellenwanderung. Die Handwerker mussten nach ihrer Lehre für einige Jahre als Gesellen in anderen Städten und Ländern Europas arbeiten. Sie legten in ihren Wanderjahren teilweise grosse Strecken zurück und liessen sich erst nach dieser Zeit definitiv an einem Ort nieder.

Die Migration verlief damals nicht nur in eine Richtung, vielmehr gab es ein grosses Kommen und Gehen. Im Jahr 1910 zogen zum Beispiel rund 15'000 Personen in die Stadt Bern, 13'300 verliessen sie wieder und 12'500 zogen innerhalb der Gemeinde an einen neuen Ort. Das Volumen dieser Wanderungen und Umzüge war prozentual viel höher als heute. Rund die Hälfte der Zuziehenden hatte Bern nach einem Jahr schon

wieder verlassen. Bei den Männern war dies etwas ausgeprägter der Fall als bei den Frauen.

Wanderrouten und Netzwerke

Die einzelnen Wanderungsbiografien zeigen auch Muster von Wanderrouten und Netzwerke. Dies bestätigen die Theorie und Untersuchungen aus anderen Orten, dass Leute aufgrund von persönlichen Kontakten von A nach B zogen. So nutzten Handwerker Treffpunkte in Gesellenstuben, um sich in einer Stadt über offene Stellen zu informieren.

Nach der Eröffnung des ersten Eisenbahntunnels durch den Gotthard 1882 kamen zunehmend Bauarbeiter aus dem Tessin und Norditalien in die Schweiz, wo sie als Maurer und Handlanger auf Baustellen arbeiteten. Häufig waren sie in kleinen Gruppen unterwegs und kehrten jeweils im Winterhalbjahr, wenn weniger gebaut wurde, wieder in ihre Heimat zurück. Auch die Industriebetriebe in Bern zogen Fachkräfte an: So sind zum Beispiel 1874 in der Einwohnerkontrolle der Stadt (im Stadtarchiv) zahlreiche Zuzüge aus anderen Gegenden der Schweiz, wo es Textilfabriken gab, in die Spinnerei Felsenau dokumentiert.

Die Stellen für Dienstbotinnen waren häufig in Tageszeitungen ausgeschrieben. Dort sind auch deren Aufgaben wie Kochen, Waschen und Putzen genannt. Diese Frauen wohnten unter dem gleichen Dach wie ihre Arbeitgeber.

Reaktion der Politik und der Bevölkerung

Obwohl die freie Niederlassung in der Verfassung garantiert war, gab es bis Anfang des 20. Jahrhunderts bedeutende Einschränkungen im Armen- und Niederlassungsgesetz des Kantons Bern, um die Unterschichtsmobilität zu bremsen resp. zu behindern. Personen, die in Bern eine Arbeit fanden, waren willkommen; Arme und Arbeitslose waren unerwünscht. Ab 1858 waren die Wohngemeinden bis zwei Jahre nach dem Wegzug ihrer Einwohner für diese verantwortlich, falls sie verarmten. Am neuen Wohnort konnten Arme und Arbeitslose bis zwei Jahre nach dem Zuzug in ihre Herkunftsgemeinde wegweisen werden. Die Stadt Bern wies zwischen 1850 und 1900 jährlich mehrere hundert Personen weg.

Die Zahl der Armen war innerhalb des Kantons ungleich verteilt. Die Stadt Bern unterstützte im 19. Jahrhundert rund 7 Prozent ihrer Einwohnerinnen und Einwohner. Im Schwarzenburgerland und im Emmental gab es damals viel mehr arme Leute, obwohl die Armenunterstützung weniger gut ausgebaut war. Diese Gegensätze zeigen sich auch in der öffentlichen Diskussion in der Stadt Bern. Eine Tageszeitung schrieb 1846:

«die ärmere Bevölkerung aus den Landgemeinden wird in unserer Stadt bedeutend zunehmen», weil sich «ein guter Theil derselben die Stadt Bern eben wegen ihren vielen erklecklichen Armenunterstützungen an bedürftige Einsassen als ein zweites Schlaraffenland vorstellt.» (Allgemeine Schweizer Zeitung, 24.10.1846)

Diese Diskussion ging bis zum Zweiten Weltkrieg weiter, wie eine Passage aus dem Verwaltungsbericht der Stadt Bern von 1926 zeigt, den die Stadtverwaltung jährlich publizierte:

„Der verhängnisvolle Zug der überschüssigen Landbevölkerung nach der Stadt dauert unvermindert fort und macht uns fortwährend grosse Sorgen. Trotzdem nachgerade bekannt sein dürfte, dass unsere spärliche Industrie nicht in der Lage ist, die hier ansässigen Arbeitslosen zu beschäftigen und obschon wir das ganze Jahr hindurch eine grosse Zahl Arbeitsloser auf dem Platze hatten, glaubten immer wieder Einzelstehende und ganze Familien vom Lande, in der Stadt Arbeit und ihr Fortkommen zu finden. (...) Die Stadt bildet noch immer den Sammelpunkt aller derjenigen Elemente, die sich der schweren Landarbeit oder überhaupt regelmässiger Arbeit entziehen und sich angenehmer durchs Leben bringen wollen. Oft haben sie es dabei überhaupt nur auf die hier reichlicher fließende Unterstützung abgesehen. Wir versuchten in engster Verbindung mit der Polizeidirektion uns dieses Zuzuges zu erwehren“. (Verwaltungsbericht Stadt Bern, 1926, 111f.)

Die Stadtbehörden versuchten mit Wegweisungen, die unerwünschten Zuziehenden aus der Stadt fernzuhalten. Ihre Argumente waren sehr ähnlich, wie sie seit den 1980er Jahren in der Diskussion um den Zuzug von Asylsuchenden zu finden sind.

Verwendete Literatur:

Barth, Robert; Erne, Emil; Lüthi, Christian (Hrsg.): Bern – die Geschichte der Stadt im 19. und 20. Jahrhundert. Stadtentwicklung, Gesellschaft, Wirtschaft, Politik, Kultur. Bern, 2003.

Lüthi, Christian: Sozialgeschichte der Zuwanderung in die Stadt Bern 1850–1914. In: Itinera. Basel. 19 (1998), S. 180–212.

Quellen „erzählen“: Einbürgerungsverläufe von Gesuchstellenden aus Osteuropa (Bern in den Jahren 1900-1920)

Gabriela Meier Quenet

Lewin Jona, Litauen; Bogorad Abraham oder Nichinsohn Matoš, beide Weissrussland – diese drei Namen (Fälle), alle wohnhaft in Bern und mit ihnen viele mehr – wurden ausserhalb ihres Wohnorts zu Beginn des 20. Jahrhunderts in der Schweiz eingebürgert. Wie kam es zu diesen Einbürgerungen und der Wahl des neuen Bürgerorts? Wie verlief eine Naturalisation (Einbürgerung) von Ausländerinnen und Ausländern vor 1920? An der Austauschszung wurde der Einbürgerungsablauf exemplarisch am Fall Jona Lewin, der 1910 in Roche d'Or (heute Kanton Jura) eingebürgert wurde, skizziert. Der Fall zeigt mehr als den Einbürgerungsprozess, er gibt Aufschluss über die soziale und politische Situation in seinem Heimatland und warum die Schweiz als Lebens- und Arbeitsort attraktiv war.

Politische, wirtschaftliche und soziale Situation in Osteuropa

Der Osten Europas wies in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts eine besonders hohe Abwanderung auf, was verschiedenen Faktoren zuzuschreiben war: So führte einerseits die wirtschaftliche Rückständigkeit zu grosser finanzieller Not, andererseits brachten diverse Kriege in Osteuropa (z.B. die Teilungen Polens im 18. und 19. Jahrhundert, der Krimkrieg 1853-1856) sowie die Querelen zwischen Russland und den benachbarten Mächten Preussen und Österreich-Ungarn wie auch später der interkontinentale Krieg zwischen Russland und Japan (1904-1905) menschliches und wirtschaftliches Leid. Die durch die Eroberungen erfolgten ethnischen Durchmischungen führten zu neuen Spannungen und Unruhen. Zarin Katharina II. verstärkte mit ihrer Siedlungspolitik zum Ende des 18. Jahrhunderts die Spannungen noch, indem sie Zwangsumsiedlungen vornahm oder den Lebensraum gewisser Bevölkerungsgruppen auf bestimmte Gebiete beschränkte (z.B. vorgegebene Ansiedlungsrayons für Juden). Diese Zustände machte es vielen Menschen unmöglich, in ihrer Heimat zu verbleiben.

Oft war die Schweiz für die Auswandernden als Durchgangsland auf ihrem Weg in die „neue Welt“ (Nord- oder Südamerika) gedacht. Für einige Ankömmlinge wurde sie Heimat, welche sie mit einer Naturalisation verankerten. Die Zuwandernden aus Osteuropa wurden nicht mit grosser Freude oder offenen Armen empfangen. Aufgrund des zu Beginn des 20. Jahrhunderts aufkommenden Diskurses der Überfremdung erfuhren viele Immigrantinnen und Immigranten aus dem Osten Ausgrenzung und Benachteiligung. Als „Fremdkörper“ oder „wesensfremd“ wurden sie von einigen Kreisen betitelt und es wurde auf eine potentielle Gefahr hingewiesen, dass Wohlergehen und Sicherheit der Schweiz durch eine Anhäufung von „Rassenfremden“ bedroht wären.⁴ Oft basierte diese ablehnende Haltung auf Äusserlichkeiten wie dem slawischen oder andersklingenden Nachnamen, der fremden Sprache oder einer unangepassten Kleidung und Gestik. So

⁴ Vgl. Schmid, C.A., *Unsere Fremdenfrage*, Zürich 1900; Schmid, C.A., *Ausländerfragen und Armenpflege*, Zürich 1910; oder Burkhardt, W. Prof. Dr., *Die Einbürgerung der Ausländer*. Separatdruck aus dem Politischen Jahrbuch der schweizerischen Eidgenossenschaft, Bern 1913.

wurde ab und an gleichzeitig mit einem Einbürgerungsgesuch auch ein Namens- oder Vornamensänderungsgesuch gestellt (Filanowski → Filan, Matoš → Max).

Einbürgerungskriterien

Bis zum 1.1.1919 war die Bürgergemeinde Anlaufstelle für Einbürgerungsgesuche die Stadt Bern betreffend. Die gestellten Anforderungen vermochten aber nur wenige Ausländerinnen und Ausländer zu erfüllen und waren einem exquisiten Publikum vorbehalten, das Bürgerrecht war ein „Marker“ der elitären Oberschicht.⁵ Erst ab 1919 erhielt die Einwohnergemeinde die Einbürgerungshoheit. Bis Ende 1918 bestand jedoch die Möglichkeit, den Einbürgerungsort innerhalb des Kantons Bern frei zu wählen.

Nebst den formalen Voraussetzungen in Bezug auf die Niederlassungsdauer (zwei Jahre ununterbrochener Wohnsitz in der Stadt Bern) war die Basis eines jeden Einbürgerungsprozesses die gültige Erlaubnis des Bundesrats für den Erwerb eines Kantons- und Gemeindebürgerrechts. Weiter waren ein guter Leumund, Handlungsfähigkeit sowie ein gesichertes Einkommen die wichtigsten Kriterien. In jedem Fall sollten nur jene ausländische Personen zu Schweizerbürgern werden, die „keine finanzielle Belastung für Gemeinden und Kantone darstellten“. Um dies sicherzustellen, wurden Erkundigungen bei diversen Behörden und Stellen eingeholt (Steuerbehörde, städtische Polizeidirektion, Arbeitgeber etc.). Die Polizeidirektion des Kantons Bern war dafür verantwortlich, die Ergebnisse in einem Projektbericht zusammenzutragen und diesen mit einer positiven oder negativen Empfehlung für die Aufnahme ins Kantonsbürgerrecht dem Grossen Rat zu unterbreiten. Bis 1920 sind seitens der jeweiligen Polizeidirektoren keine Auffälligkeiten in Bezug auf Vorurteile oder rassistische Äusserungen in den Projektberichten zu erkennen.

Einbürgerungsdiskurs in den Gemeinden: Einnahmequelle vs. Fremdenangst

Nur etwa ein Drittel aller Gemeinden des Kantons Bern waren bereit, Einbürgerungen von Ausländerinnen und Ausländern durchzuführen, darunter nur wenige Gemeinden in der näheren Umgebung der Stadt Bern. Trug der Petent zudem einen Namen, der auf einen osteuropäischen Hintergrund schliessen liess, wurde eine Einbürgerung nahe der Hauptstadt so gut wie verunmöglicht.

Der Grund für die ablehnende Haltung gegenüber Fremden mag zu einem Teil auf die „bodenständige Gesinnung und Denkesart der Landbevölkerung“⁶ zurückzuführen sein, wie es bei einer Erklärung seitens eines Fürsprechers, der den Naturalisationsakts eines rumänischen Bürgers in eine kleine Emmentaler Gemeinde begleitete, hiess. Diese Gemeinde war nur bereit, den Gesuchsteller einzubürgern, wenn er zuvor einen Na-

⁵ Vgl. Schläppi, Daniel, Das Heimat- und Bürgerrecht – Instrument der Aus- und Abgrenzung in: Holenstein, André (Hrsg.), Berns Goldene Zeit, Bern 2008, S. 212.

⁶ Fall Zwolinski. Michael Zwolinski, rumänischer Staatsbürger, kam 1895 nach Bern und heiratete die Schweizerin Anna Röthlisberger. Beim Einbürgerungsgesuch in der Emmentaler Gemeinde Bowil wurde ihm nahe gelegt, gleichzeitig mit der Einbürgerung ein Gesuch um Namensänderung zu Röthlisberger einzureichen. „Zwolinski ist ein fremdländisch klingender Name, der der bäurischen Bevölkerung Bowils nicht passt. (...) Wer unsere Landbevölkerung kennt, der weiss, wie bodenständig ihre Gesinnung und Denkesart sind.“

menswechsel vornahm und fortan den Namen der Ehefrau (Röthlisberger) annahm. Die Gesinnung der kleinen Gemeinden fern der Hauptstadt, Gemeinden im Berner Jura oder dem heutigen Kanton Jura, dürften sich jedoch kaum von derjenigen einer Emmentaler Gemeinde unterschieden haben und trotzdem waren diese bereit, das Ortsbürgerrecht an Petenten mit fremdländisch klingendem Familiennamen zu verleihen. Ausschlaggebend wird hier der finanzielle Faktor gewesen sein. Die Gemeinden waren in der Höhe des Einbürgerungsbetrags frei. Die vom Kanton vorgegebene Richtlinie von Fr. 300.- wurde daher nur teilweise eingehalten, teilweise aber auch um mehr als das Doppelte überschritten. Um die vom Kanton Ende des 19. Jahrhunderts geforderte Zusammenlegung von kleinen, finanzschwachen Gemeinden zu umgehen, wurde die Gemeindekasse mit Einnahmen aus den Einbürgerungen aufgebessert. Die meisten Gesuchsteller setzten dabei nie einen Fuss in ihre neue Heimatgemeinde und verblieben in Bern wohnhaft. Das Risiko für diese kleinen Gemeinden war daher gering und die Vorteile, die aus den Einnahmen des Ortsbürgerrechts entstanden, überwogen gegenüber der Angst vor dem Fremden.

Gründe für die Einbürgerung seitens der Zuziehenden

Was den jungen Jona Lewin betraf, so geht aus seiner Akte hervor, dass er sein Heimatland Litauen aufgrund der Repressalien gegen die Juden verliess. Er liess sich 1910 in der kleinen Gemeinde Roche d'Or (JU) einbürgern und wünschte sich, in einem sicheren Land mit freier Niederlassungs- und Gewerbefreiheit seine Zukunftsvorstellungen und -wünsche in die Tat umsetzen zu können und als Doktor der Chemie im Berner Jura eine chemische Fabrik zu eröffnen. Die Fabrik wurde nie gegründet und die Spuren von Jona Lewin verlieren sich nach dem Naturalisationsverlauf.

Wie der Fall Jona Lewin waren auch alle anderen in diesem Zeitraum untersuchten Naturalisationen mehr als eine Akte; es waren Menschengeschichten mit bewegenden Ereignissen, Ausdruck von Ängsten, Wünschen und Hoffnungen, glücklichen und traurigen Momenten und einem Ereignis, das ihnen allen gemein war: Die Aufnahme ins Schweizer Bürgerrecht und ein neuer Heimatort im Kanton Bern.

Verwendete Literatur:

Bernhard, Pierre, Das Bürgerrecht im Kanton Bern, Dissertation an der juristischen Fakultät der Uni Basel, Basel 1950.

Bissegger, W., Göttisheim, E., Boissier, E., Schweizerische Eigenart und Ausländerfrage. Referate gehalten an der Jahrhundert-Feier der Schweiz. Gemeinn. Gesellschaft 19./20. September 1910, Zürich 1910.

Boner, Barbara, Die kantonalen Verfahren zur ordentlichen Einbürgerung von Ausländerinnen und Ausländern. Eidg. Kommission gegen Rassismus, Bern 2000.

Borel, Eugène, La Nationalisation des Etrangers, Zürich 1916.

Buckhardt, W. Prof. Dr., Die Einbürgerung der Ausländer. Separatdruck aus dem Politischen Jahrbuch der schweizerischen Eidgenossenschaft, Bern 1913.

Frey, Hans Dr., Bundesratsbeschluss über Einreise, Aufenthalt, Niederlassung und Ausweisung von Ausländern, Zürich 1919.

Göttisheim, E., Die Ausländerfrage, eine nationale Frage. In: Schweiz. Zeitschrift für Gemeinnützigkeit, Jg. 1910, Heft 4.

Kreis, Georg, Kury, Patrick, Die schweizerische Einbürgerungsnormen im Wandel der Zeiten, Bern, 1996.

Meier Quenet, Gabriela, „Dir bot die Schweiz ein gastlich Asyl.“ Einbürgerungen von Berner „Ostjuden“ zwischen 1880-1900, Bachelorarbeit Universität Bern, Bern 2014.

Schmid, C. A., Unsere Fremdenfrage, Zürich 1900.

Schmid, C. A., Ausländerfragen und Armenpflege, Zürich 1910.

Schmid, Laura, Einbürgerungsverfahren der Gemeinden im Wandel, Masterarbeit, Bern 2012.

Schweizerische Vereinigung für Internationales Recht, Massnahmen gegen die Überfremdung der Schweiz, Druckschrift n°5, Zürich 1916.

Studer, Brigitte et al., Das Schweizer Bürgerrecht: Erwerb, Verlust, Entzug von 1848 bis zur Gegenwart, Zürich 2008.

Wie reagierte die Verwaltung in der 2. Hälfte des 20. Jahrhunderts auf die Migration nach Bern? Eine Spurensuche im Stadtarchiv am Beispiel der Ausländerkommission in den 1980er Jahren

Yvonne Pfäffli

Die Gründung der Ausländerkommission

1977 regte die Arbeitsgemeinschaft Berner Kontaktstelle Ausländer-Schweizer (ARBE-KO) die Einsetzung einer gemischten Fachkommission für Ausländerfragen in der Stadt Bern an. Es dauerte drei Jahre, bis der Gemeinderat schliesslich die Schaffung einer Städtischen Ausländerkommission bekanntgab. Die Kommission war auf vier Jahre befristet.

Die Kommission umfasste 1980 folgende Mitglieder:

- Präsident: Mitglied des Stadtrates
- 12 Ausländer: Italien (4 Sitze), Spanien (2 Sitze), Jugoslawien, BR-Deutschland, Österreich, Türkei, Frankreich und Flüchtlinge/Schriftenlose/Staatenlose (je 1 Sitz), ein Anrecht auf Einsitz hatten alle Nationalitäten mit mindestens 200 Angehörigen
- 5 Vertreterinnen und Vertreter der städtischen Verwaltung: Stadtkanzlei, Polizei-, Gesundheits- und Fürsorgedirektion sowie die Schuldirektion
- 1 Vertreter, eine Vertreterin der Arbeitsgemeinschaft Berner Kontaktstelle Ausländer-Schweizer

Der Präsident der Ausländerkommission, Niklaus Ludi war lange Zeit die prägende Figur der Ausländerkommission. Er gehörte 1972-1984 dem Berner Stadtrat an. Niklaus Ludi, Doktor der Geschichte, baute die Dienststelle Arbeitslosigkeit der Stadt Bern auf und war seit 1977 Ausbildungsleiter für Heimerzieher an der Berufs-, Fach- und Fortbildungsschule. Er ist 2010 verstorben. Die Kommissionsmitglieder arbeiteten ehrenamtlich, wurden für die Teilnahme an den Sitzungen aber entschädigt.

Die Ausländerkommission war ein Forum, in dem Anregungen und Wünsche der in der Stadt wohnhaften Ausländer ausgetauscht, koordiniert und formuliert und an den Gemeinderat weitergeleitet wurden. Mit der Kommission wurde der Kontakt zwischen den Behörden und den Ausländern institutionalisiert.

Bericht nach vierjähriger Tätigkeit

Ende 1984 schrieb der Kommissionspräsident Niklaus Ludi im Namen der Kommission einen – sehr persönlich verfassten – Bericht. Darin notierte er: „Mit anderen Worten: es ist mir nicht darum gegangen, Impulse zu geben für die Arbeit an einer Ausländerpolitik in der Stadt Bern, wie ich sie sehe. Es ist mir nicht darum gegangen, meine Ideen auf dem Vehikel der ALK in den Gemeinderat zu tragen.“

Die Herausgabe einer Informationsbroschüre für Ausländer war eine wichtige Aufgabe der Kommission. Im Sommer 1984 lag die deutsche Fassung der Broschüre vor. Niklaus Ludi schrieb dazu: „Vereinbarungsgemäss wurde sie zur Übersetzung vorerst in die ita-

lienische und in die spanische Sprache dem Bundesamt für Ausländerfragen übergeben. Vor einer Woche kam sie von dort zurück – unübersetzt – mit der Bemerkung, die Übersetzungsdienste des Bundes könnten diese Arbeit nicht leisten. Wer übersetzt 45 Seiten mit Informationen in all die Sprachen, die in der Ausländerkommission vertreten sind? Diese Frage gilt es als nächstes zu beantworten. Soviel zum Leidensweg der ‚Informationsbroschüre für Ausländer‘. Sie liegt vor – in deutscher Sprache – mithin für Schweizer!“

Die Ausländerkommission regte ebenfalls an, Ausländereltern mit einem vierjährigen Kind in ihrer Sprache anzuschreiben, um sie auf die Vorzüge des Kindergartenbesuches aufmerksam zu machen. Es wurde ein Brief entworfen, übersetzt, Adressen recherchiert und „die Mitglieder der ALK hofften schon, einen ersten sinnvollen konkreten Beitrag zur Verbesserung des Loses einiger Ausländerkinder geleistet zu haben. Da wurde die ganze Übung abgeblasen: weder war der Brief innerhalb der Schuldirektion abgesprochen worden, noch waren die Termine berücksichtigt worden.“ Die ganze Aktion musste um ein Jahr verschoben werden.

Der Bericht machte nun den Weg durch die Verwaltung. Der Gemeinderat nahm Kenntnis vom Bericht und übergab ihn der Fürsorgedirektion zur Stellungnahme. Zuerst einmal hielt die Fürsorge- und Gesundheitsdirektion fest, dass dieser Bericht und die darin aufgeworfenen Fragen sämtlichen Direktionen zur Stellungnahme unterbreitet werden müssen. „Ausländerfragen sind nicht einfach mit Fürsorgefragen gleichzusetzen.“

Wie von der Fürsorge- und Gesundheitsdirektion gefordert, nahmen nun diverse Direktionen Stellung zum Bericht. Die Polizeidirektion sprach sich für eine Weiterführung der Kommission aus und gegen die Schaffung eines Amtes für Ausländer. Die Finanzdirektion nahm inhaltlich keine Stellung, schrieb aber: „Eventuell würde sich dank einer Unterstützung einer Ausländerkommission die Ausrichtung bisheriger Beiträge der Fürsorgedirektion an die ARBEKO erübrigen. Möglicherweise sind per Saldo sogar Einsparungen für die Stadt Bern erzielbar.“ Die Präsidialdirektion sprach sich klar für die Weiterführung der Ausländerkommission aus, aber es sollte kein Ausländeramt geschaffen werden: „Wird eine Integration angestrebt, so sollen nicht neue zusätzliche Ämter alleine für die Ausländer geschaffen werden. Es gibt nur wenige Dienststellen, die sich ausschliesslich mit Ausländern befassen.“ Die Schuldirektion schrieb in ihrer Stellungnahme: „Unbestritten ist nach unserer Auffassung, dass gemischte Kommissionen von Schweizern und Ausländern nötig sind. Terminierte Treffen und Aussprachen sind der Improvisation vorzuziehen.“ [...] „Aus dem Bericht des Präsidenten der Ausländerkommission ist denn auch eine gewisse Enttäuschung heraus zu merken. Grosse Erfolge bleiben aus, bleiben es zumindest bis heute.“

Beschlüsse des Gemeinderates

Der Gemeinderat holte all diese Stellungnahmen ein, sprach in diversen Sitzungen darüber und beschloss im September 1985 schliesslich folgendes:

- Die Ausländerkommission wird weitergeführt
- Auf die Schaffung eines Ausländeramtes wird verzichtet
- Die Infrastruktur der Kommission wird verbessert (Sekretariatsführung durch die Stadtkanzlei, Teilzeitstelle 50 Prozent für Sachbearbeitung in Ausländerfragen)

Niklaus Ludi äusserte sich in einem Zeitungsartikel positiv über diese Beschlüsse: „Mit der Einführung der gemeinderätlichen Delegation für Ausländerfragen und der Einführung eines Sekretariates für die Ausländerkommission habe der Gemeinderat bewiesen, dass er von den Strukturen her offensichtlich bereit ist, etwas zu unternehmen.“

Verwendete Quellen aus dem Stadtarchiv:

Beschlüsse des Gemeinderates, Protokolle der Ausländerkommission, Bericht des Präsidenten der Ausländerkommission, Stellungnahmen der verschiedenen Direktionen (SAB_GR_7_8, 135.11.6)

Zeitungsartikel „Textarchiv Berner Zeitung“ (SAB_D 2_ Couvert Nr. 973)

Integrationspolitik ist Stadtentwicklungspolitik – Berner Besonderheiten, Rückblicke und Ausblicke

Annemarie Sancar

Bern in den 70er Jahren: Migrantinnen und Migranten waren bereits da, Familien wurden nachgezogen, nun ging es darum eine Politik der Integration und gegen die Fremdenfeindlichkeit zu entwickeln. Um den Beeinträchtigungen des sozialen Friedens durch Rassismus vorzubeugen, veröffentlicht die eidgenössische Kommission für Ausländerfragen, das Sprachrohr der Bundesregierung, 1979 die zwei wegweisenden Broschüren „Kulturelle Aspekte des Ausländerproblems“ und „Handbuch Ausländer in den Gemeinden“. Die erste Publikation basiert auf der Darstellung schweizerischer Eigenarten wie Pünktlichkeit und Fleiss. Als ausländisch und fremd gilt entsprechend das spiegelverkehrte Verhalten, Abweichungen also wie Unpünktlichkeit und Arbeitsscheu. Einzelne Beispiele genühten, um diese Konstruktion zu untermauern.

Bemerkenswert an dieser Broschüre ist die Tatsache, dass das Fremdartige nicht direkt, sondern spiegelverkehrt zur idealen nationalen Kultur der Schweiz definiert wird. Dieser Orientierungsrahmen wird mit dem „Handbuch Ausländer in den Gemeinden“ konkretisiert, da es, so die richtige Annahme, vor allem im alltäglichen Leben zu Missverständnissen kommen würde, also in den Gemeinden, in der Nachbarschaft, in der Schule, im Laden, auf dem Fussballfeld. Da würden kulturelle Unterschiede erst manifest und unter Umständen den gewohnten Lauf der Dinge beeinträchtigen. Die Gemeinden sollen bei der Integrationsarbeit daher unterstützt werden, Konflikten vorzubeugen. Später wurden Leitbilder erstellt und auch Massnahmenpläne entwickelt. Die Stadt Bern verfügt über einen solchen Plan⁷, ein Produkt umfassender partizipativer Prozesse. Zielgruppen sind Personen in ihren Rollen als Eltern, Kinder, Mütter, Lehrkräfte, Sozialarbeitende. Investitionen in die Jugend galten schon in den frühen 80er Jahren als zentral, darum wurden vor allem Akteurinnen und Akteure mit Sozialisierungsaufgaben angesprochen.

Zukunftsgerichtete Integrationsarbeit

Ein Meilenstein in Berns Integrationsgeschichte war die Umwandlung des Gemeinschaftszentrums Gäbelbach in die Kontaktstelle für Ausländer und Schweizer ARBEKO Ende der 70er Jahre. Der von der Stadt unterstützte Verein wollte die Partizipationsräume der zugezogenen (und einheimischen) Bewohnerinnen und Bewohner des Quartiers, ihre Gestaltungsmöglichkeiten erweitern. Mit einer Momentaufnahme der Ausländerarbeit in der Gemeinde legte die ARBEKO, später Informationsstelle für Ausländerinnen- und Ausländerfragen (ISA), eine gute Basis für eine bedürfnisgerechte zukunftsgerichtete Integrationsarbeit. Ende der 80er Jahre erstellte die ISA eine Liste aller Beratungsstellen und Ausländervereinigungen, die - ebenso wie die Ausländerstatistik, die seit 1987 über Herkunft, Erwerbstätigkeit, Bewilligung, Wohnquartier informiert – mehr Übersicht über die Integrationsarbeit in Bern versprach. Lücken wurden sichtbar, Anpassungen waren möglich, neue Projekte entstanden, die finanziert werden sollten. Dafür mussten Bedürfnisse aufgezeigt werden, deren Erklärungen oft auf die kulturelle

⁷ Massnahmenplan der Stadt Bern „Integration konkret 2014-2017“, Bern 2013

Andersartigkeit gerichtet wurden: Je fremder die Herkunft der Zielgruppen, desto grösser die Chance der Finanzierung.

Eine wichtige Rolle in der Integrationsgeschichte der Stadt Bern spielt Schule. Die Zusammensetzung der Klassen, die Herkunft der Kinder waren Ausgangspunkt vieler sogenannter interkultureller Bildungsprojekte. Die Eltern wurden einbezogen, ebenso die Quartiertreffs, Sport- und andere Freizeitvereine, die einheimische Quartierbevölkerung, später auch die Kleinunternehmer, die vor allem heute als wichtige Akteure für eine gelungene Integration der Bevölkerung gelten.

Integrationsanstrengungen

Die 90er Jahre widerspiegeln diese Perspektive des interkulturellen Verständnisses. Integrationsanstrengungen, welche auf die ethnisch aussortierten Bedürfnisse der Migrantinnen und Migranten reagieren, versprachen Erfolg. Frauen aus muslimischen Kulturen wurden als isoliert, Männer mit islamischen Wurzeln als patriarchalisch, tamilische Männer als potentielle Drogenkuriere problematisiert. Fussball wurde zum Ereignis der Völkerverständigung, Kochen in der Gemeinschaftsküche zum multikulturellen Erlebnis, Erweiterung des Wissens über verschiedene Religionen zur interkulturellen Verständigung: Je fremder die „Kultur“ der Zugewanderten, desto spektakulärer die Aktion. Solche Ansätze waren gut gemeint, teilweise auch erfolgreich, zumindest solange die Zielgruppen die Erwartungen der Initiantinnen und Initianten erfüllten. Dank konkreter Erfahrungen, auch aus anderen Städten, und wissenschaftlichen Erkenntnissen kam man aber zum Schluss, dass das Konzept der kulturellen Differenz die Integration der Zugewanderten eher behinderte und von den eigentlichen Problemen, von institutionellen Defiziten ablenkte. So entschied man sich im Sozialdienst Bern West für einen integrativen Ansatz und lehnte die Ausdifferenzierung eines Sozialdienstes für Ausländer ab, wie es ihn im Zentrum Berns gab. Alle Sozialhilfe beziehende Personen der Gemeinde sollten die gleichen Rechte auf Unterstützung haben. Institutionelle Unterscheidungen könnten indes zu Diskriminierung und Ungleichbehandlung führen, insbesondere wenn die Sozialdienste unter Spardruck kommen. Auch die Politik erkannte, nicht zuletzt auch wegen der steigenden Diversität der vertretenen Sprachen, dass sie Einfluss auf die institutionellen Bedingungen der Schule nehmen musste, um der Vielfalt der Biographien aller Kinder und Jugendlichen, um dem Grundrecht auf Bildung gerecht zu werden.

Die Berner Integrationspolitik heute

Die Stadt Bern setzt seit vielen Jahren auf Partizipation und Gleichberechtigung der gesamten Bevölkerung und ist bereit, erkannte Diskriminierungen anzugehen. So entschied und setzte sich die Bildungsdirektorin Joy Matter schon anfangs der 90er Jahre dafür ein, dass den Kindern von Saisoniers das Recht auf Bildung gewährt wurde. Sie durften zur Schule gehen wie heute auch die Kinder von Sans-Papiers. Ein Wahl- und Stimmrecht für Personen ohne Schweizerpass gibt es aufgrund der kantonalen Verfassung bis heute nicht. Die Stadt hat Initiativen ergriffen, doch nicht entlang kultureller (religiöser) Unterschiede. Vielmehr geht es ihr um institutionelle Anpassungen: Politische Partizipationsmöglichkeiten (Partizipationsmotion), die Entscheidung, besonderes Augenmerk auf die Diversität bei der Lehrstellenvergabe der Verwaltung zu legen, inno-

vative Projekte in Stadtteilen und der Arbeitswelt, Mentoring-Programme mit der Privatwirtschaft. Möglich ist all dies dank einer Integrationspolitik (z.B. Kompetenzzentrum Integration), die auf Vielfalt, auf Grundrechte (z.B. Ombudsstelle), auf Teilnahme setzt und die von der Bevölkerung getragen wird. Dazu beigetragen hat sicher auch die zunehmende Zahl der Migrantinnen und Migranten der ersten Generation im Stadtrat, die sich für Verbesserungen einsetzen.

Casa d'Italia, Missione Cattolica und Co. Migrationsorganisationen und ihre Rolle in der Berner Migrationsgeschichte

Eva Soom Ammann

Die italienische Migration nach Bern ist eine der frühen und zahlenmässig bedeutendsten. Deren Organisationstätigkeit wird oft als Beispiel für erfolgreiche Migrantinnen- und Migrantenorganisation herangezogen. Eine Untersuchung am Institut für Sozialanthropologie der Universität Bern zur italienischen Organisationsgeschichte hat 2001 gezeigt, wie die italienische Vereinstätigkeit in Bern die Integration beeinflusst hat. Drei Organisationen sind diesbezüglich besonders wichtig.

Missione Cattolica Italiana

Seit den 1920er Jahren in Bern präsent, wird die Missione Cattolica Italiana seit 1947 von der Kongregation der Scalabriniani geführt. 1959/60 bezog sie das heutige Gebäude (Kirche, Restaurant, grosser Veranstaltungssaal) im Monbijou-Quartier. Neben seelsorgerischen Tätigkeiten übernahm sie in den 1950er/60er Jahren auch soziale Aufgaben im Kontext der Erstintegration (Freizeitgestaltung, Information, Bildung). In den 1960er Jahren wurde eine eigene Schule nach italienischem System gegründet. Sie bestand bis ca. Mitte der 1980er Jahre, war sehr umstritten (u.a. wegen fehlender Anschlussmöglichkeiten im Berner Bildungssystem) und wurde von den Behörden nur widerwillig geduldet. Mit der Stabilisierung der Migration in den 1980er Jahren verschob sich der Fokus der Missione auf familiäre Fragen und Jugendarbeit (Gründung der Beratungsstelle Centro Familiare). Gegenwärtig liegt der Schwerpunkt auf Seelsorge, Altersarbeit und Jugendarbeit. Finanziert wird die Missione durch die Kongregation und die Katholische Kirchgemeinde Bern. Sie kooperiert mit anderen (nicht-deutschsprachigen) katholischen Gruppen. Die Zusammenarbeit mit Vereinen der italienischen Migration war schwierig, insbesondere das Verhältnis zur Casa d'Italia war lange Zeit belastet. Ein pragmatischer Umgang mit diesen Differenzen war unter den Migranten jedoch durchaus üblich.

Casa d'Italia

Die Casa d'Italia ist seit 1937 in Bern, sie besitzt ein eigenes Haus in der Länggasse. Der Fokus der Aktivitäten lag seit Beginn auf sozialen Aspekten und dem Restaurantbetrieb. Die Casa d'Italia hat aber auch eine sehr politische Geschichte. Ihre Gründung erfolgte während des Faschismus mit Unterstützung des italienischen Konsulates. Die Errichtung von Casa d'Italia war eine Strategie des faschistischen Regimes zur Bindung seiner Bürgerinnen und Bürger im Ausland. In der Nachkriegszeit wurde die Berner Casa d'Italia zu einem wichtigen sozialen Treffpunkt für die neu ankommenden Migrantinnen und Migranten, v.a. für Alleinstehende und Saisoniers. Sie bot Möglichkeiten für Verpflegung, Freizeit und Erstinformation. Im Laufe der 1960er Jahre fand zudem eine linksorientierte Politisierung statt. Die Casa d'Italia beanspruchte eine Repräsentationsfunktion, sie wollte die ganze italienische Migrations-, 'Community' in Bern vertreten. Die Koordination des überaus vielfältigen italienischen Vereinswesens (Herkunfts-, Sport-

und Freizeitvereine, karitative Vereine etc.) diene als wichtiges Mittel dafür. In den 1970er Jahren wurden migrations- und integrationspolitische Fragen aufgeworfen. Es folgten politische Auseinandersetzungen darüber, wen die Casa d'Italia gegenüber wem (Italien oder Schweiz) vertrat. In dieser Zeit fand auch eine intensive Auseinandersetzung mit der faschistischen Vergangenheit der Casa d'Italia statt, und man bemühte sich um Einbindung der verschiedensten Gruppierungen und Vereine sowie um die Integration von Alteingesessenen wie auch Neuankömmlingen aus Italien. Diese aufwändigen internen Integrationsbemühungen führten dazu, dass die Casa d'Italia auch heute noch – neben dem Restaurant – eine wichtige Rolle als Vermittlungsinstanz und Interessenvertretung innehat (formal über Funktion als Comitato Cittadino d'Intesa⁸).

Colonie Libere Italiane (CLI)

Dies ist nicht zuletzt auch das Verdienst der Colonie Libere Italiane (CLI), einem Netzwerk von Organisationen des antifaschistischen Widerstandes im Schweizer Exil. Die erste Colonia Libera entstand 1925 in Genf. 1943 erfolgte der Zusammenschluss im Dachverband FCLIS (Federazione delle Colonie Libere Italiane in Svizzera), mit Sitz in Zürich. In der Nachkriegszeit gab es vorübergehend weniger Aktivitäten, in den 1960er/70er Jahren hingegen wurden die Colonie Libere sehr wichtig. Der Fokus lag nun auf sozialen Fragen der Arbeitsmigration; offiziell apolitisch, inoffiziell aber politisch sehr aktiv (kommunistisch, sozialistisch, gewerkschaftsnah). Die CLI strebten die Vernetzung mit italienischen und schweizerischen Körperschaften an. Zentrale Themen waren: Aufenthaltsrechtlicher Status (Saisonnier-Statut, Familiennachzug, Doppelbürgerschaft), Sozialversicherung (Pensionskassen, Krankenkassen, Kindergeld, Zugang zu Information und Beratung), politische Partizipation (Ausübung Stimmrecht in Italien, politische Partizipation auf lokaler Ebene in der Schweiz). Die CLI waren auch wichtige ‚pressure groups‘ in Bezug auf schulische und berufliche Ausbildung (z.B. Centro Scuola e Famiglia in Zürich). Ab den 1980er Jahren fand ein Wandel weg von politischer hin zu kleinräumiger sozialer Tätigkeit statt. In Bern war die CLI in den 1960er/70er Jahren aktiv im Kontext der Umgestaltung der Casa d'Italia, aber auch im Hinblick auf die Schaffung des Berufsbildungszentrums CISAP (heute ECAP), dessen Abschlüsse zwar zur Qualifikation von italienischen Migrantinnen und Migranten beitrugen, in der Schweiz jedoch nicht anerkannt wurden.

Der Einfluss der italienischen Migrationsorganisationen auf die Integrationsdiskussion

Zusammenfassend wurden durch die italienischen Migrantorganisationen drei in der Integrationsdiskussion als bedeutsam eingeschätzte Themenbereiche aufgegriffen:

1. Die Selbsthilfe, sie umfasst Aktivitäten und Angebote der italienischen Migrantorganisationen in den Bereichen soziale Vernetzung, Freizeitgestaltung und Informationsvermittlung.

⁸ Entspricht auf Deutsch etwa „Interessengemeinschaft“ oder „Bürgerkomitee“ (Anmerkung der Redaktion).

2. Die Bemühungen um Interessensvertretung und politische Partizipation sowohl gegenüber Herkunfts- wie auch Aufenthaltsgesellschaft.
3. Der Bildungsbereich, in welchem einige der italienischen Organisationen besonders aktiv waren.

Die institutionelle Integrationsgeschichte der Italienerinnen und Italiener in Bern weist binnenintegrative Tendenzen auf, d.h. sie hat eine spezifische italo-bernerische Struktur hervorgebracht. Diese Entwicklung ist weniger Produkt einer aktiven Strategie, als vielmehr eine Reaktion auf die vom Aufnahmeland gesetzten Bedingungen und Grenzen. Da das Migrationsverhältnis von allen beteiligten Seiten als temporär angesehen wurde, resultierte daraus eine Struktur, die stark vom vielbemühten, aber treffenden Stichwort ‚Dauerprovisorium‘ geprägt war. Die italienischen Migrantenorganisationen versuchten in erster Linie, Schwierigkeiten provisorisch zu überbrücken.

Diese Binnenintegration war insofern hilfreich, als sie über die Möglichkeit der Vernetzung sozial stabilisierend wirkte. Allerdings beschränken sich die sozialen Kontakte, die mit Migrantenorganisationen verbunden sind, fast ausschliesslich auf die italienische Community. Ein integratives Hemmnis lässt sich auch bei der Bildung feststellen. Die eigene, ethnospezifische Ausbildungsstruktur erwies sich als Hindernis im Integrationsprozess, und der Vorteil für die wenigen Zurückkehrenden war vergleichsweise gering. Wertvoll sind diese Erfahrungen aber für gegenwärtige und zukünftige Migrationsgruppen. Zu erwähnen wäre hier z.B. das erstmals für italienische Kinder erprobte und heute vielfach praktizierte Modell des fakultativen Zusatzunterrichts in heimatlicher Sprache und Kultur in öffentlichen Schulen.

Von grosser Bedeutung waren auch die politischen Auseinandersetzungen innerhalb der italienischen Migrationscommunity und die daraus entstandenen Möglichkeiten, Anliegen an die Aufnahmegesellschaft zu formulieren. Die politische Vernetzung mit Gewerkschaften und Jugendbewegungen führte einerseits dazu, dass Zugeständnisse der Aufenthaltsgesellschaft erfolgten. Andererseits entstand so die Basis dafür, dass sich Vereinsstrukturen auch als Repräsentationsorgane und Ansprechpartner für Behörden und zivilgesellschaftliche Organisationen etablieren konnten. Das Beispiel der heutigen Altersarbeit zeigt dies deutlich, sind doch dort die Berner Behörden zusammen mit den Kirchen, den Quartierzentren, der Pro Senectute, Versorgern wie Spitex und Altersheimen und den italienischen Organisationen bemüht um eine Koordination ihrer Ressourcen und Netzwerke zum Wohle der (italienischen) Seniorinnen und Senioren in Bern.

Von der „Bronx von Bern“ zum „In-Quartier“: die Berner Lorraine und das Nordquartier im Kontext von Berns Stadtentwicklungs- und Integrationspolitik

Angela Stienen

Zu Beginn des neuen Jahrtausends schätzte die einstige Fachstelle Wohnen der Berner Stadtverwaltung die Lorraine als Musterbeispiel für eine Quartiererneuerung ein, die zu einer stärkeren Durchmischung der Bevölkerung führte. Heute, gut zehn Jahre später, werden explodierende Mietpreise und die Verdrängung von Personen mit tiefem Einkommen und ausländischem Pass aus der Lorraine beklagt. Das Beispiel der Lorraine zeigt schön auf, welche Spannungen Quartieraufwertung erzeugt und weshalb die oft geforderte Durchmischung kein Allerweltsrezept ist.

Das Lorrainequartier wurde Mitte 19. Jahrhundert von privaten Investoren als Arbeiter- und Arbeiterinnenquartier in Berns erstem Erweiterungsring um die Altstadt gebaut, das durch die Lorrainebrücke mit der Altstadt verbunden ist. Während der Quartierteil nahe der Brücke zu Repräsentationszwecken mit grossen Gebäuden ausgestattet wurde, die neben Wohnungen auch Geschäfte umfassten, verliehen kleine 3-4-Stockwerke hohe Backstein- und Holzhäuser dem hinteren Quartierteil einen Dorfcharakter. In den Sechzigerjahren erwarb die Stadt Bern diese privaten Gebäude mit dem Ziel, sie abzureissen. Damals plante die Stadt, eine Schnellstrasse quer durch das Quartier zu bauen; sie wäre ein Teilstück des neuen Schweizer Autobahnnetzes gewesen, das auch die Berner Altstadt hätte durchqueren sollen. Bis in die Siebzigerjahre hinein betrachtete das städtische Planungsamt das Lorrainequartier als „City-Erweiterungsgebiet“. Die vielen schlecht unterhaltenen Kleinbauten aus der Jahrhundertwende sollten abgerissen und durch moderne Blockbauten ersetzt werden. Eine 1970 vom Stadtplanungsamt in Auftrag gegebene Studie sah den Abriss von gut der Hälfte aller Gebäude in der Lorraine vor. In vielen der unsanierten Wohnungen wohnten damals Personen aus dem Ausland, die eine saisonale Arbeitsbewilligung hatten. Die meisten dieser ‚Gastarbeiterinnen‘ und ‚Gastarbeiter‘ stammten aus Italien, der Familiennachzug war ihnen gesetzlich untersagt und viele teilten sich kleine Mansardenzimmer. Aufgrund der im bernischen Vergleich hohen Anzahl von Personen italienischer Herkunft in der Lorraine wurde diese damals Berns „Little Italy“ genannt.

Sozialer Wandel und Migration in der Lorraine

Die Anwesenheit einer Gastarbeiterbevölkerung seit den Fünfzigerjahren trug auch in Bern zur soziale Aufwärtsmobilität der Schweizer Arbeiterklasse bei. Dies lässt sich statistisch nachweisen: Die Schweizer Arbeiterklasse konzentrierte sich ab den Sechzigerjahren in den modernen Hochhaussiedlungen, die an Berns westlichem Stadtrand entstanden, die ausländische Arbeiterklasse hingegen in Berns sanierungsbedürftigen Innenstadtvierteln. In der Lorraine hatte sowohl 1970 als auch 1980 jede fünfte Person einen ausländischen Pass. Da die Rezessionsjahre der Siebzigerdekade die geplante Totalsanierung des Quartiers verhinderten, finden sich heute nur an den Quartiergrenzen entlang der städtischen Hauptverkehrsachse Nordring und entlang des Eisenbahnviaduktes am Randweg Blockbauten. Die städtischen Liegenschaften im hinteren Teil der Lorraine wurden nicht abgerissen und anfangs der 80er Jahre stufte die Stadt diese

sogar als "erhaltenswerte Bauten" ein wegen ihres "städtebaulich einmaligen, kaum mehr zu findenden dörflichen Charakters".

Die sanierungsbedürftigen Liegenschaften in der Lorraine zogen in den Achtzigerjahren Aktivistinnen und Aktivisten der sogenannten „Jugendbewegung“ an. Diese gegenkulturelle städtische soziale Bewegung, die sich selbstironisch „Bewegung der Unzufriedenen“ nannte, liess bis in die frühen 90er Jahre viele Schweizer Städte erbeben. In Bern eroberte sie die unsanierten Gebiete im Nordquartier. In der Lorraine war es damals relativ einfach, eine billige stadteigene Wohnung zu mieten, da die Liegenschaften Abbruchobjekte waren. So entstand in der Lorraine eine Alternativszene, die sich als eine Art Parallelgesellschaft etablierte. Im Quartier breitete sich nicht nur eine genossenschaftlich organisierte Wirtschaftsstruktur aus, bestehend aus selbstverwalteten Läden, Kneipen, Kindertagesstätten, Handwerksbetrieben, Werkstätten, sondern auch gegenkulturelle Wertvorstellungen, Lebensstile und ein gemeinsamer politischer Aktivismus. Organisiert im Interessensverein „Läbigi Lorraine“ engagierten sich die Aktivistinnen und Aktivisten für die Sicherung ihrer Mietverträge und für eine Verbesserung der allgemeinen Wohnsituation im Quartier. Die politischen Konflikte zwischen den Aktivistinnen und Aktivisten und dem „Lorraine Leist“, welcher die bürgerlich-konservativen Kräfte in Quartier und die Stadtbehörden repräsentierte, spitzten sich in der Folge zu einem regelrechten Machtkampf zu und veränderten das Image der Lorraine: Sie galt nun nicht mehr als Berns „Little Italy“ sondern als die „Bronx von Bern.“

Imagewandel und Interessengruppen

Dieser Imagewandel fiel in eine Zeit, in der zum ersten Mal in der Geschichte Berns die bis anhin regierenden bürgerlichen Parteien die Mehrheiten in Parlament und Regierung verloren. Die Alternativszene in der Lorraine profitierte von diesem Machtwechsel, da die 1992 neu gewählte RGM-Regierung städtische Liegenschaften im Baurecht an Bewohnerinnen und Bewohner abgab, die sich zu gemeinnützigen Wohnbaugenossenschaften zusammengeschlossen hatten. Durch die Übernahme von Liegenschaften im Baurecht suchten die Wohnbaugenossenschaften, den Erneuerungsdruck, der auf der Lorraine lastete, abzuwenden und auch in Zukunft preisgünstigen Wohnraum im Quartier zu erhalten.

Aus heutiger Sicht zeigt sich, dass der seit Jahrzehnten auf der Lorraine lastende Sanierungs- und Erneuerungsdruck nicht abgewendet werden konnte. Doch die offensive Mitgestaltung der Quartieraufwertung durch Einzelpersonen und Interessengruppen aus der Alternativszene und die Vielfalt der Wohnprojekte, die im Quartier entstanden, verhinderten, dass die Quartierentwicklung allein kommerziellen Interessen folgte. Trotz Erneuerung sind nach wie vor sogenannte „Tiefpreisinseln“ im Quartier zu finden.

Da die vielfältigen alternativen Wohnprojekte in der Lorraine in unmittelbarer Nachbarschaft mit der alteingesessenen statistiefen Quartierbevölkerung entstanden, soll auch die Frage gestellt werden, wie diese den geschilderten Wandel im Quartier wahrnahm. Sie hatte die Herausbildung einer gegenkulturellen Parallelgesellschaft in ihrem Quartier einst voller Argwohn beobachtet. Die Angehörigen der alteingesessenen Arbeiterklasse im Quartier, zu der auch die früheren Gastarbeiterfamilien gehörten, verstanden sich als Hüter und Hüterinnen jener bürgerlich-konservativen Einstellungen und Lebensformen im Quartier, die auch der Lorraine-Leist einst politisch erfolgreich verteidigte.

Die Veränderung der Machtverhältnisse in der Stadt Bern zeigte jedoch, dass die bürgerlich-konservativen Einstellungen und Lebensformen in der Stadt nicht mehr mehrheitsfähig waren. In Quartieren wie der Lorraine, waren die Alteingesessenen nun politisch und lebensweltlich marginalisiert.

Unsere Interviews im Nordquartier zeigen, dass die Konflikte in sanierungsbedürftigen Quartieren, die von Aufwertung betroffen sind, nicht zwischen ausländischer und Schweizer Bevölkerung, sondern zwischen Alteingesessenen und Neuzugezogenen verlaufen, egal, ob diese nun aus der Schweiz oder aus dem Ausland stammen. Dieses Muster findet sich auch heute wieder, nur dass heute andere Nationalitäten- und Lebensstilgruppen zu Sündenböcken des gesellschaftlichen Wandels gemacht werden. Dies gilt es in der Debatte über soziale Durchmischung im Quartier zu beachten.

Verwendete und weiterführende Literatur:

Blumer, Daniel/ Tschannen, Pia, 2006: Machtkampf ums Quartier – das Berner Nordquartier. in: Stienen, Angela (Hrsg.): Integrationsmaschine Stadt? Op.cit.:361-413.

Blumer, Daniel/ Tschannen, Pia, 2001: "Wer hat das Sagen im Quartier?": Einflussmöglichkeiten von Akteurgruppen auf die Entwicklung zweier Quartiere der Stadt Bern (Breitenrain und Lorraine). (2. Auflage), Institut für Soziologie, Bern.

Hoffmann-Nowotny, Joachim, 1973: Soziologie des Fremdarbeiterproblems: eine theoretische und empirische Analyse am Beispiel der Schweiz. Ferdinand Enke Verlag, Stuttgart.

Lüthi, Christian/ Meier, Bernhard, 1998: Bern – Eine Stadt bricht auf. Schauplätze und Geschichten der Bener Stadtentwicklung zwischen 1798 und 1998. Paul Haupt, Bern.

Nigg, Heinz, 2001: Wir wollen alles und zwar subito! : die Achtziger Jugendunruhen in der Schweiz und ihre Folgen. Limmat Verlag, Zürich.

Stienen, Angela, (Hrsg.), 2006a: Integrationsmaschine Stadt? Interkulturelle Beziehungsdynamiken am Beispiel von Bern. Paul Verlag, Bern.

Stienen, Angela, 2006b: Verborgene Einschluss- und Ausgrenzungsdynamik im Stadtteil, in: dies. (Hrsg.): Op. cit.:213-361.

Stienen, Angela/ Blumer, Daniel, 2006: Problemquartiere? Die Logik sozialräumlicher Segregation, in: Stienen, A. (Hrsg.): Op.cit.:83-213.

Stienen, Angela, 2007: Sozialräumliche Stadtentwicklung in Bern. Eine Interpretation der Sozialraumanalysen am Beispiel ausgewählter Quartiere in der Stadt Bern. Statistikdienste, Bern.

Stienen, Angela/ Blumer, Daniel, 2009: „The equitable regeneration of Berne“. In: Porter, Libby/ Shaw, Kate (eds.): Whose Urban Renaissance? An international comparison of urban regeneration strategies. Routledge, London/ New York. Op. cit.:212-222.

Diasporische Identitäten: Die Migration aus der Türkei nach Bern

Saadet Türkmen

Im vorliegenden Artikel wird zuerst die Migration aus der Türkei nach Bern kurz umrissen. Danach werden die Identitätsprozesse am Fallbeispiel von Zehide⁹ geschildert, die als kurdischer Flüchtling aus der Türkei in die Schweiz kam. Dabei werden zum einen die Dynamiken und Prozesse der Bindung an ihre alte und neue Heimat aufgezeigt. Zum anderen wird darauf hingewiesen, dass Identitäten in der Diaspora aus verschiedener Perspektive wahrgenommen werden, doch nicht gleichbleibend, statisch sondern beweglich, vielschichtig und komplex sind.

Migration aus der Türkei nach Bern

Die ersten Migrantinnen und Migranten aus der Türkei nach Bern kamen 1923 als diplomatische Vertreterinnen und Vertreter der neuen türkischen Republik. Bis zum Armeeputsch 1960 kamen Menschen nur in kleiner Zahl in die Schweiz. Doch veränderte sich die Situation nach dem Armeeputsch 1960. Weil das militärische Putschregime versuchte, aktiv sogenannte „*überschüssige Arbeitskräfte*“ ins Ausland zu senden und in der Schweiz Arbeitskräfte gebraucht wurden, kamen Menschen aus der Türkei als Arbeitsmigranten in die Schweiz. Der damalige Botschafter in Bern, Zeki Kunalalp, versuchte, ein Rekrutierungsabkommen mit der Schweiz in die Wege zu leiten, doch die Umsetzung des Antrags verzögerte sich aus politischen und kulturellen Gründen. Trotz der restriktiven Zulassungs- und Aufenthaltspraxis kamen zwischen 1960-2000 immer mehr Menschen aus der Türkei in die Schweiz.

Anders als die Industriestädte z.B. Aarau, Solothurn, Zürich und St Gallen war Bern für die Migrantinnen und Migranten kein favorisierter Zielort. 1970 lebten 823 Personen aus der Türkei in Bern (schweizweit über 10`000). Nach dem Armeeputsch 1980 stieg die Anzahl der Türkinnen und Türken in Bern auf 3`000 (schweizweit über 30`000). Daraus erfährt die Schweiz eine neue Migrationsbewegung, die die ganze Migrationsgeschichte aus der Türkei in die Schweiz prägte, nämlich die Fluchtmigration. Aufgrund der politisch und wirtschaftlich instabilen Lage kamen viele Leute zuerst aus den grossen Städten der Türkei. Um ihren Aufenthaltsstatus zu sichern und sich in der Schweiz niederzulassen haben viele von ihnen Asylgesuche eingereicht. Nach 1983 kamen die Menschen aus sub-urbanen Gebieten und kurdischen Städten der Türkei in die Schweiz.

Die Migrationsgeschichte von Menschen aus der Türkei nach Bern ist von unterschiedlichen Fluchtsituationen geprägt. In diesem Artikel zeige ich nur das Beispiel von Zehide, die aus persönlichen Gründen einen Asylantrag stellen musste, d.h. sie war "*eine sogenannte echte politische Flüchtlingsfrau*".

⁹ Name der Interviewperson geändert. (Anmerkung der Autorin)

Bewegte Identitäten in der Diaspora

Zehide hatte mit Hilfe ihrer in der Schweiz lebenden Verwandten Ende der 1990er Jahre bei einer Schweizerischen Vertretung im Ausland einen Asylantrag gestellt. Ihre Dokumente für die Einreise wurden von der schweizerischen Vertretung organisiert. Die Einreise und die Aufenthaltsprozesse verliefen daher relativ problemlos.

Sie wurde in 1970er in einer grossen kurdisch-sunnitischen Familie geboren, war das dritte Kind ihrer Eltern. Sie wuchs in Südostanatolien auf. Ihre Mutter starb, als sie klein war, danach heiratete ihr Vater eine andere Frau, mit der er vier weitere Kinder hatte. Zehide hat einen Gymnasialabschluss und wollte danach studieren. Da sie in einem sozio-politisch interessierten Umfeld aufgewachsen ist, war und ist sie, wie viele ihrer Familienangehörigen, von der kurdischen Bewegung stark beeinflusst. 1993 wurde sie mit anderen Verwandten in ihrem Elternhaus festgenommen und während 17 Tagen mit Folter verhört. Danach verbrachte sie zwei Jahre im Gefängnis. Nach der Entlassung schloss sie sich für neun Jahre der paramilitärischen kurdischen Bewegung an.

Sie rechtfertigte ihre damalige Wahl und beschrieb sich in der Rolle einer Kurdin, die sich für die Freiheit, für die demokratischen Rechte und für einen politischen Dialog einsetzte. Als dieser Einsatz für sie aus verschiedenen Gründen, in dieser Art und Weise nicht mehr machbar war, flüchtete sie in die Schweiz:

„Das Gefühl des unsicheren Lebens dauerte bis zu meiner Einreise in die Schweiz. Nach meiner Ankunft hatte ich intensive Gefühle. Ich hatte meine Freunde, und damit meine Ideen verlassen. Im Kopf und in der Wirklichkeit stimmt Vieles nicht überein. Vieles war gar nicht einfach. Die Anpassung, die Integrationsprozesse waren äusserst schwierig für mich. In materieller Hinsicht hatte ich relativ gute Grundlagen. Manchmal hatte ich aber das Gefühl, dass mein Sozialarbeiter und einige andere Menschen mich als eine Diebin betrachteten, eine Diebin, die vom System profitiert. Flucht ist ein politisches Recht. Ich bin kein Luxusmensch (*im Sinne, ich bin keine Profiteurin*), doch war das Rauchen oder mein Wunsch zu studieren für meinen Sozialarbeiter ein heikles Thema. Ich musste all diese Dinge aushalten, ich musste schweigen und ertragen. Ich war ja eine Flüchtlingsfrau. (...) Auf der anderen Seite hatte ich Sehnsucht nach meinem früheren Leben. Ich war ständig aktiv, mit vielen Dingen beschäftigt, keine Minute verging leer. Ich hatte einen Lebenssinn. Hier dominierte in der ersten Zeit das Gefühl der Leere und des Sinnlosen meinen ganzen Alltag.“

Die ersten drei Jahre in der Schweiz seien für sie schwierig gewesen, erzählte sie. So litt sie in dieser Zeit unter grossen, seelischen und psychischen Problemen. Zuerst wohnte sie mit ihren Verwandten zusammen, kurz danach bezog sie ihre eigene Wohnung. So lebte sie zum ersten Mal in ihrem Leben alleine. Sie sagt dazu: „[...] wenn ich nach Hause zurückkehrte, fehlte jegliche Stimme. Es war sehr stumm, leblos“.

Um sich von dieser erzwungenen Stille zu befreien, hat sie das Erlernen der deutschen Sprache als höchste Priorität gesetzt. Ausserdem wollte sie hier studieren. Für sie war die sprachliche Barriere, bzw. sich nicht korrekt ausdrücken zu können enorm belastend. Bei den alltäglichen Gesprächen musste sie aufgrund fehlender Sprachkenntnisse ihre Gedanken vereinfacht wiedergeben:

„Wenn die Sprache so, mit einfachen Sätzen formuliert wird, wird man nicht ernst genommen. Man wird nicht geachtet, nicht respektiert, in den Hintergrund gedrängt sogar ignoriert und dadurch vernichtet (*im Sinne von Entmutigung*).“

Als Flüchtling versuchte sie unermüdlich mit Menschen Kontakt zu knüpfen, Dialogwege zu eröffnen. Sie hat in der Schweiz eine Ausbildung abgeschlossen und arbeitet nun als Sozialarbeiterin in einem Flüchtlingsheim. Sie versteht sich als politischer Mensch. Bestimmend für sie sind jedoch ihre alltäglichen Pflichten und Aufgaben in der Schweiz. Dadurch zeigt sie neben ihrer ethnisch-nationalen Identität auch eine politische, soziale und genderspezifische Identität.

Fazit

Hanna Arendt (1986) beschreibt das Flüchtlingssein wie folgt: „Wir haben unsere Sprache verloren und mit ihr die Natürlichkeit unserer Reaktionen, die Einfachheit unserer Gebärden und den ungezwungenen Ausdruck unserer Gefühle. [...] Und das bedeutet den Zusammenbruch unserer privaten Welt“.

Wie das Fallbeispiel von Zehide ebenfalls darstellt, ist die „Flüchtlingsidentität“ nur ein Teil der gesamten Identität eines Menschen. Beispielsweise ist Zehide eine Kurdin, eine Frau, eine Konsequenz-Trägerin, ein Folteropfer, ein politischer Häftling, ein ehemaliger Teil der kurdischen Bewegung, eine hilfsbedürftige Verwandte, ein Flüchtling, eine Sozialhilfeempfängerin, eine Studentin, eine Stellensuchende, eine fleissige und zuverlässige Mitarbeiterin eines Flüchtlingsheims, ein bewundernswertes Mitglieds der verschiedenen (sozialer, kulturelle, politische) Gesellschaften.

Aus konstruktivistischer Sicht können Identitäten als gesellschaftliche Konstrukte betrachtet werden, die nicht statisch und eindimensional sind, sondern vielfältig, vielschichtig und prozessual. Identitäten können zudem aus verschiedenen Perspektiven betrachtet werden, die je nach Ort, Zeit und Kontext unterschiedlich ausgelegt werden. Somit hat der Mensch aus konstruktivistischer Sicht keine imaginäre gleichbleibende Identität, sondern mehrere, sich ständig verändernde und erneuernde Identitäten.

Sowohl die schweizerischen gesellschaftlichen und politischen Strukturen als auch die persönlichen Lebensumstände und Erfahrungen der Menschen aus der Türkei hatten also einen massgeblichen Einfluss auf die Veränderung der Identitätskonstrukte. Die Schweiz hat Flüchtlinge aufgenommen, aber diese sind nicht einfach nur in ihrer Rolle als Flüchtlinge geblieben. Max Frischs (1967) Aussage über die Gastarbeiterpolitik „Wir riefen Arbeitskräfte, und es kamen Menschen“, kann sinngemäss auch auf die Flüchtlingspolitik der Schweiz übertragen werden.

Verwendete Literatur:

Arendt, Hanna 1986: Zur Zeit. Politische Essays. Hrsg. Marie Luise Knott. Rotbuch: Berlin.

Frisch, Max 1967: Öffentlichkeit als Partner, Suhrkamp: Berlin.

Ideli, Mustafa, Virginia Sutter, Hans-Lukas Kieser 2011: Neue Menschenlandschaften. Turia+Kant: Wien.

5 Schlussfolgerung

Dass Bern eine vielfältige Stadt ist, wurde eingangs ausgeführt. Die Austauschsituation und ihre Themen haben dies belegt. Die Autorinnen und Autoren haben mit ihren Texten ebenfalls aufgezeigt, dass die Migration und die Behandlung von Migrationsthemen, die Reaktion auf Migrantinnen und Migranten ein Wechselspiel zwischen Wirtschaft, Gesellschaft und Politik sind.

Nach Bern zugewandert sind, je nach Zeit, Menschen unterschiedlicher Herkunft, sozialer Schicht und Bildungsstand. Nach dem Zweiten Weltkrieg zog es vor allem Arbeitskräfte aus dem nahen Ausland in die Schweiz. Der Mangel an Arbeitskräften diente als Pull-Faktor. Der Umbau des Hauptbahnhofs, der Ausbau der Infrastruktur sind Beispiele, die eine Nachfrage nach ausländischen Arbeitskräften auslösten. Dies zeigt beispielsweise der Artikel von Christian Lüthi. Die Hauptzuwanderungsgründe waren und sind nach wie vor Arbeit, Familie und Ausbildung. Ein weiterer, aber deutlich kleinerer Teil kommt über das Asyl.

Diese unterschiedlichen Gründe widerspiegeln sich in den verschiedenen Artikeln in diesem Bericht, wie in den erzählten Migrationsgeschichten. Herr Fiore ist nur auf Besuch in die Schweiz gekommen und hat dann eine Stelle gefunden. Nieves García ist ebenfalls wegen der Stelle in die Schweiz gekommen. Geblieben sind sie beide wegen der Familie. Lukshaman Sinnadurai musste aufgrund der politischen Lage im eigenen Land Asyl in der Schweiz suchen. Die Anwesenheit „fremder Menschen“ bzw. ausländischer Arbeitskräfte sorgte in Bern bereits Ende des 19. Jahrhunderts für Ressentiments der einheimischen Bevölkerung. Diese Ablehnung führte 1893 zu einem Aufstand in der Stadt. Die Geschehnisse und Folgen beschreibt der Artikel von Samuel Budmiger, er zeigt die Auswirkungen des Käfigturmkravalls für die Gegenwart. In dieser Zeit sollen die Anfänge der Überfremdungsdebatte liegen.

Ein Höhepunkt dieser Debatte war in der Schweiz und auch in Bern in den 1970er und 1980er Jahre. Man sprach damals von einem „Asylproblem“, als in den 1980er Jahren auch die „Integrationsprobleme“ thematisiert wurden. Die Zunahme der ausländischen Wohnbevölkerung, die dauernde Anwesenheit (z.B. Italienerinnen und Italiener waren 1980 zum Teil bereits seit 30 Jahren in der Schweiz) und die zunehmende Diversität der Bevölkerung, waren die Gründe für die Thematisierung der Integrationsprobleme.

In den 1970er Jahren konnte die Schweiz und auch Bern die Migration als Ventil nutzen und die Arbeitslosigkeit exportieren. Viele Migrantinnen und Migranten gingen in ihre Heimatländer zurück. Wie der Artikel von Marianne Helfer über die galicische Migration aufzeigt und auch in den Referaten immer wieder zum Vorschein kommt, war für beide Parteien klar, dass die Situation nicht als eine permanente gedacht war. Die Migrantinnen und Migranten lebten in der Schweiz stets mit dem Gedanken, dass sie bald einmal in ihr Heimatland zurückkehren würden.

Genau diese Tatsache hatte eine verspätete Reaktion seitens der Politik zur Folge und vermochte in der Bevölkerung für Ressentiments zu sorgen. Das widerspiegelt sich ebenfalls in den Berichten und Artikeln. Die Regelung der Bewilligungen, Lohnabrech-

nungen, die Unterbringung und die Wohnungsnot, die Durchmischung der Bevölkerung forderten und fordern die Politik, Wirtschaft und Bevölkerung zugleich. Der wirtschaftliche Aufschwung, der in der Schweiz lange anhielt, bedingte eine fast dauernde Zuwanderung. Und auch in der jüngsten Vergangenheit ist in der Schweiz und in Bern gleichermassen Migration zum Dauerthema geworden.

Dennoch zeigte die Austauschsitzung auch auf, dass die Berner Migrationsgeschichte noch lange nicht genügend aufgearbeitet ist. Das Inputreferat, der historische Abriss sowie die thematischen Inputs beleuchteten Teilaspekte, zentrale Themen liegen aber noch im Dunkeln. Es gibt keine umfassende Berner Migrationsgeschichte, keine Untersuchung der Migrationsbewegungen und der regionalen Migrationspolitik.

Als zuständige Stelle für Integration und Migration war das Ziel des Kompetenzzentrums für Integration, mit dieser Austauschsitzung zur Berner Migrationsgeschichte Bestehendes zusammenzutragen. Wünschenswert wäre es die Lücken zu schliessen, die Berner Migrationsgeschichte weiter aufzuarbeiten und damit einen bedeutenden Beitrag für die Zukunft zu leisten.

Literaturverzeichnis, weiterführende Literatur

Die für den vorliegenden Bericht zusammengestellte Literaturliste enthält eine Auswahl von Büchern, Artikeln und Beiträgen zu unterschiedlichen Aspekten der Berner Migrationsgeschichte.

Arnold Fabienne: Im Westen viel Neues – Gentrifizierung in Bern West: Eine Analyse der Aufwertungsprozesses im Stadtteil VI anhand der Beurteilungen von Experten und Alteingesessenen, Bern 2012

Bähler Anna / Erne Emil / Barth Robert / Lüthi Christian / Bühler Susanna: Bern - die Geschichte der Stadt im 19. und 20. Jahrhundert: Stadtentwicklung, Gesellschaft, Wirtschaft, Politik, Kultur, Bern 2003

Bäschlin Elisabeth: Wohnort Grossüberbauung: das Tscharnergut in Bern, Bern/Wabern 2004

Bieri Jean: Destinazione Svizzera: Testimonianze di emigrati italiani residenti nella regione di Thun, Cantone di Berna, Roma 1995

Böni Edi / Salm Elisabeth: Fremdsprachige Kinder und Jugendliche in der Volksschule des Kantons Bern: Schulstatistische Auswertungen, Bern 2003

Brinkmann Heinrich: Wanderungsbewegungen und wirtschaftliche Struktur in einigen Gemeinden des Kantons Bern im Jahre 1965, Bern 1968

Buchli Hanns: Bern's Rolle im Fremdenverkehr, Bern 1945

Dängeli Peter: "Allein, das Auge des Gesetzes wacht!": Das ungesetzliche Verhalten Einheimischer und temporär Zugewanderter auf einer schweizerischen Grossbaustelle anfangs des 20. Jahrhunderts, Bern 2010

Einhaus Hannah: Die Welt in Bern: Ansichten und Einsichten von 40 Einwanderern, Bern 2011

Eisner Georg et al. (Hrsg.): Reiz und Fremde jüdischer Kultur: 150 Jahre jüdische Gemeinden im Kanton Bern, Berner Kulturhistorische Vorlesungen 1998/99, Bern 2000

Frigerio Marina: Verbotene Kinder: Die Kinder der italienischen Saisoniers erzählen von Trennung und Illegalität, Zürich 2012

Gaberell Daniel: Bern: Gesichter, Geschichten, Bern 2004

Gächter Ernst: Ausländer in der Stadt Bern 1988, Bern Präsidialdirektion der Stadt Bern, Amt für Statistik, Bern 1989

Gautschi Willi: Lenin als Emigrant in der Schweiz, Zürich 1973

Gerber Roland: Gott ist Burger zu Bern: Eine spätmittelalterliche Stadtgesellschaft zwischen Herrschaftsbildung und sozialem Ausgleich, Weimar 2001

Helfenstein Joseph / von Tavel, Hans Christoph (Hrsg.): "Der sanfte Trug des Berner Milieus": Künstler und Emigranten, 1910-1920, Bern 1988

- Hofer Heinz: Der Fremdenverkehr der Stadt Bern: Eine Studie zum Problem des Städtetourismus, Bern 1968
- Hubschmied Silvia: Gesellschaftlicher Wandel und Migration im Berner Oberland des 19. Jahrhunderts : eine Familiengeschichte, Bern 2006
- Hugger Paul (Hrsg.): Heimatvereine in der Schweiz: Zu ihrer Bedeutung für die sekundäre Integration der städtischen Bevölkerung, in: Schweizerisches Archiv für Volkskunde Bd 5 (1989), 153-181.
- Ittig Nadine / Woker Anna: Integration und soziale Netzwerke: Qualitative Untersuchung von Kolumbianern in Bern - wohnhaft in Bern, Bern 2007
- Küng Markus: Die bernische Asyl- und Flüchtlingspolitik am Ende des 17. Jahrhunderts, Genève 1993
- Kunstmuseum Bern (Hrsg.): "Der sanfte Trug des Berner Milieus": Künstler und Emigranten, 1910-1920, Bern 1988
- Liechti Albert: Zur bernischen Migration 1680-1705: Wanderung aus dem Oberaargau und weiteren bernischen Gebieten in den Bereich des heutigen Bezirkes Zofingen, 1997
- Lüthi Christian: Bernerinnen und Berner in Bewegung, in: Martig/Gutscher/Affolter (Hrsg.), Berns moderne Zeit. Das 19. und 20. Jahrhundert neu entdeckt, Bern 2011, 133–135.
- Lüthi Christian: Bevölkerung, in: Martig/Gutscher/Affolter (Hrsg.), Berns moderne Zeit. Das 19. und 20. Jahrhundert neu entdeckt, Bern 2011, 136–142.
- Maag Albert: Die Republik Bern als Beschützerin englischer Flüchtlinge während und nach der englischen Revolution, Berner Zeitschrift für Geschichte und Heimatkunde, 1957, 93-118.
- Martig Peter / Gutscher Charlotte / Affolter Heinrich Christoph (Hrsg.): Berns moderne Zeit: Das 19. und 20. Jahrhundert neu entdeckt, Bern 2011
- Masé Aline: Student migration of Jews from Tsarist Russia to the universities of Berne and Zurich, 1865-1914, East European Jews in Switzerland, Berlin 2013, 99–121.
- Meier Bernhard / Messerli Paul / Schindler Anna / Blumenstein Andreas / Brütsch Yvonne / Junker Simon / Matter Jörg / Utiger Martin / Batzli Samuel: In der Stadt zu Hause: Fünf empirische Beiträge zum Wohnen in Bern 1997
- Oester Kathrin / Fiechter Ursula / Kappus Elke-Nicole: Schulen in transnationalen Lebenswelten: Integrations- und Segregationsprozesse am Beispiel von Bern West, Zürich 2008
- Ossipow Laurence / Waldis Barbara: Terrains croisés: Réseaux et couples turco-suisse à Berne et à Neuchâtel, Ethnologie française, 32, Paris 2002, 283–294.
- Rogger Franziska: Jüdisches Universitätsleben in Bern: Zwischen Sozialismus und Zionismus, Antisemitismus und Nationalsozialismus, in: Reiz und Fremde jüdischer Kultur. Berner Kulturhistorische Vorlesungen 1998/99, Bern 2000, 143-180.
- Rogger Franziska: Der Doktorhut im Besenschrank: Das abenteuerliche Leben der ersten Studentinnen – am Beispiel der Universität Bern, Bern 2002

Sancar-Flückiger Annemarie: Integration von MigrantInnen: Ein aussergewöhnliches Unterfangen? / Untersuchung zur Schweizer Ausländerpolitik und AusländerInnenpolitik und AusländerInnenarbeit - das Beispiel der Stadt Bern, Köniz 1996

Schmitt Susanna: Die ersten Studentinnen an der philosophischen Fakultät der Universität Bern, Freiburg 2002

Schmitt Susanna: Die spanische Mission in Bern in den 1960er und 1970er Jahre und ihre Bedeutung für die spanische Migranten, Schweizerische Zeitschrift für Religions- und Kulturgeschichte 2008, 173–188.

Schmutz Christoph: Migrationsmuster in der Gemeinde Worb zu Beginn der 90er-Jahre: eine Auswertung von Migrationsdaten der Gemeindeverwaltung Worb; 1985, 1990, 1991, 1992, Bern 1994

Schwinges Rainer Christoph: Fremde Schlingel - Brave Leute: Deutsche Flüchtlinge in Bern des 19. Jahrhunderts, in: Martig/Gutscher/Affolter (Hrsg.), Berns moderne Zeit. Das 19. und 20. Jahrhundert neu entdeckt, Bern 2011, 54–57.

Seiring Claudia: Fremde in der Stadt (1300 - 1800): Die Rechtsstellung Auswärtiger in mittelalterlichen und neuzeitlichen Quellen der deutschsprachigen Schweiz, Frankfurt am Main, 1999

Soom Eva / Truffer Jacqueline: Eine italienische Migrations-und Integrationsgeschichte der Stadt 2000

Stahel Marie-Ruth: Rückwanderung in die Schweiz: Dargestellt an einzelnen Fällen aus den Kantonen Zürich, Bern und Genf, Schweizerische Zeitschrift für Hygiene und Archiv für Wohlfahrtspflege 1933, 717–759.

Stienen Angela (Hrsg.): Integrationsmaschine Stadt?: Interkulturelle Beziehungsdynamiken am Beispiel von Bern, Bern 2006

Strauss Raphael: Sans-Papiers: Lebensrealität und Handlungsstrategien: Eine deskriptive Studie illegalisierter MigrantInnen in der Region Bern, Bern 2008

Stüssi Anna: Politik und Mystik. Aus dem Leben und Denken einiger Emigranten in Bern 1912-1920, in: Kunstmuseum Bern (Hrsg.), "Der sanfte Trug des Berner Milieus". Künstler und Emigranten, 1910-1920, 169–194.

Weckerle Eduard: Der Käfigturm-Kravall zu Bern. Ein Rückblick nach fünfzig Jahren, Bern 2000

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1 Ausländische Wohnbevölkerung Stadt Bern	17
Abbildung 2 Wanderungssaldo 1960-2015	18
Abbildung 3 Nationalitätenwechsel in Bern seit 1990	19

